

Barnimer Bürgerpost

die unabhängige Leserzeitung

NR. 282 · 24. JAHRGANG · AUSGABE 7/2018 · VOM 25. JULI 2018 · ERSCHEINT MONATLICH · 1 EURO

3 | **Scheitern mit
Ansage**
Finowkanalübernahme

7 | **Zehn Jahre gegen
380-kV-Freileitung**
Erneute Planfeststellung im Gang

12 | **Das Wohnumfeld
ist Heimat (Teil 1)**
Wohnökologie ist eine Wissenschaft

WHG-Konzept zur Mieterhöhung

Konzeptvorstellung soll am 18. September in einer öffentlichen Veranstaltung erfolgen

Eberswalde (bbp). Als vor einem Jahr der Unmut über steigende Mietpreise drohte, in eine allgemeine Protestbewegung umzuschlagen, reagierte Bürgermeister Friedhelm Boginski schnell und konsequent. Die städtischen Wohnungs- und Hausverwaltungsgesellschaft (WHG) hatte sich als Vorreiter für Mieterhöhungen hervorgetan. Erhöhungen um bis zu 11 % entzündeten die Debatte über deren sozialen Charakter. In der »Barnimer Bürgerpost« gab es dazu damals ein Schwerpunktthema (BBP 7/2018).



Im Brandenburgischen Viertel stehen noch viele Wohnungen leer. Dennoch wurden auch hier die Mieten in den letzten Jahren zum Teil deutlich erhöht. Insbesondere, wenn es um Neuvermietungen geht, gibt es kaum Preisvorteile gegenüber anderen Stadtteilen. Dem Leerstand soll trotz des sich abzeichnenden höheren Wohnungsbedarfs durch Zuwanderungen aus Berlin immer noch vor allem mittels Wohnungsabriß entgegengewirkt werden.

Als Bürgermeister Boginski im Juni 2017 einen Mietpreisstopp für das verbleibende Jahr bekanntgab, kündigte er zugleich ein »Konzept für Mieterhöhungen« an, das im Aufsichtsrat der WHG zur Diskussion gestellt und im Anschluß der Öffentlichkeit vorgestellt werde.

In der Stadtverordnetenversammlung am 31. Mai 2018 nutzte Albrecht Triller, der gemeinsam mit dem Bündnis für ein demokratisches Eberswalde schon damals sehr aktiv gegen die Mieterhöhungspraxis der WHG vorgegangen war, die Einwohnerfragestunde, um daran zu erinnern. Informationen für die Öffentlichkeit seien ihm bisher nicht bekannt geworden.

Bürgermeister Boginski ist zugleich Vorsitzender des WHG-Aufsichtsrates und einziger Vertreter der Stadt in der WHG-Gesellschafterversammlung. Er erwiderte, daß »seit dem 29.06.2017 keine Mieterhöhungen durch die WHG vorgenommen wurden«. Der Aufsichtsrat habe zusammen mit der Geschäftsführung die Thematik »Mieten und Woh-

nen« intensiv diskutiert und am 29.05.2018 ein entsprechendes Konzept beschlossen hat, welches den Stadtverordneten, den Mieterinnen und Mietern der WHG sowie der breiten Öffentlichkeit in einer am 18.09.2018 stattfindenden öffentlichen Veranstaltung vorgestellt werden soll. »Im Rahmen dessen«, so Boginski »wird die WHG das Ergebnis der durchgeführten Mieterbefragung darlegen und analysieren«.

Das Mieterhöhungskonzept der WHG wird nicht nur von den WHG-Mietern mit Spannung erwartet. Als größtes Wohnungsunternehmen in Eberswalde hat deren Mietpreispolitik einen großen Einfluß auf das allgemeine Mietniveau in der Stadt. Mieterhöhungen dienen neben Neuvermietungen als Datengrundlage für den Mietspiegel der Stadt Eberswalde, der zum großen Teil auf den Angaben der WHG beruht. Das steigende Mietniveau im Mietspiegel wird dann wiederum von den anderen Vermietern – und natürlich auch von der WHG – zur Begründung weiterer Mieterhöhungen herangezogen.

Anzeige

15. Altenhofer Liedersommer

17. - 18. August 2018 · Bootsverleih »Am Breten« · Altenhof Werbellinsee

Freitag, 17. August, 18.00 Uhr: Ausstellungseröffnung **Gabi Latke** Grafikerin, u.a. vom Altenhofer Liedersommer...

20.00 Uhr: Konzert mit **Sonny Thet** (sonnythet.de) und **Manfred Maurenbrecher** (maurenbrecher.com)

Samstag, 18. August, 19.30 Uhr: Liedermacherkonzert mit **Lucie Mackert & Peter Fischer** (luciem.de), **Bastian Bandt** (bastian-bandt.de),

Haase & Band (haase-band.de). Moderation: Peter Fischer (der-peter-fischer.de)

Catering für beide Tage: Eberswalder Lebenshilfe. Die Veranstaltungen finden im Bootshaus an der EJB statt, die Ausstellungseröffnung im Bootsschuppen »Am Breten«. Karten im Vorverkauf: www.eventim.de unter Liedersommer · Abendkasse: 18.8. 16 Euro, 19.8. 18 Euro, beide Tage 30 Euro.

Strich-Code

Auf den Straßen Eberswaldes finden sich neuedings Markierungen, die besondere Räume für Fahrräder von den Bereichen für Autos abgrenzen. Der Volksmund nennt diese Erscheinungen Striche, wahrscheinlich weil es sich um unterbrochene Linien auf dem Asphalt handelt. Offiziell begrenzen die Striche Schutzstreifen, links Flächen für Autos und rechts für Fahrräder oder umgekehrt.

Wer mehr über diese Striche wissen will, kann die Zusammenhänge ganz erfolgreich auf dem Wochenmarkt ergründen. Man muß Menschen nur höflich ansprechen und um ihre Meinung bitten. Dort sind sie entspannt und geben gerne Auskunft. Direkt in der Nachbarschaft, auf der Breiten Straße, gibt es jetzt auch Striche. Manch einer hat sich seine Gedanken darüber gemacht. Zunächst fällt auf, daß sich die Befragten selbst und ohne besondere Aufforderung als Autofahrer, Busfahrer, Fahrradfahrer, Fußgänger oder Anwohner bezeichnen. Bis auf wenige Ausnahmen beschreiben diese Menschen ein Merkmal, das in diesem Moment für sie wichtig scheint. Ohne erkennbaren Grund stellen sie sich im übertragenen Sinne freiwillig auf eine Seite eines fiktiven Strichs. So finden sie sich in einem Streifen mit lauter gleichartigen Personen wieder.

Natürlich sind die Befragten zeitweise Fußgänger, sonst wären sie nicht auf den Marktplatz gekommen. Ein Fahrrad hat auch fast jeder. Autos sind nicht so weit verbreitet. Aber zumindest als Beifahrer sind viele unterwegs und viele fahren zuweilen mit dem Bus. Und Anwohner sind sie ohnehin alle – irgendwo und irgendwo.

Wie kommt es, daß sich Menschen zeitweise als so unterschiedliche Typen begreifen und sich in Streifen einteilen? Gibt es dafür Gründe oder geschieht das aus Nachlässigkeit?

Manche der Befragten werden nachdrücklich und bestimmt, wenn man sie auf Leute in dem anderen Streifen anspricht. Dort befinden sich Rücksichtslose und Bösewichter.

Nur – wie kann man sich vor sich selbst durch einen Streifen schützen? Unter rationalen Gesichtspunkten geht das nicht. Darauf angesprochen, reagieren sie gallig.

Die alten Römer kannten schon das Prinzip »teile und herrsche« und spielten Kelten gegen Germanen, Arme gegen Reiche, Alte gegen Junge, Männer gegen Frauen, Sklaven gegen Freie und Kolonen aus. Das Neue und Innovative an den Streifen auf den Straßen Eberswaldes ist nicht das altbekannte Prinzip, das benutzen Herrscher heute noch. Die Erfindung besteht in der Verlagerung der Methode in die Person. Auf diese Weise lassen sich Radfahrer gegen Autofahrer mühelos gegeneinander ausspielen, obwohl alle Befragten sowohl Autofahrer als auch Radfahrer und Fußgänger sind.

Bitte denkt über den Strich-Code in Eurem Kopf nach, denn soviel Zeit muß einfach sein.

Dr. MANFRED PFAFF

Nachruf

Ein mutiger »Kriegsverräter«

Ludwig Baumann ist tot. Er starb am 5. Juli im Alter von 96 Jahren in Bremen.

Sein Todesurteil durch die Nazimilitärjustiz überlebte er 76 Jahre. Im Juni 1942 war er gemeinsam mit einem Freund als Besatzungssoldat in Bordeaux (Frankreich) desertiert. Die beiden hatten erkannt, »daß es ein verbrecherischer, völkermörderischer Krieg war«, an dem zu beteiligen sie gezwungen wurden. Schon einen Tag nach der Flucht griff sie eine deutsche Zollstreife auf. Sie waren bewaffnet und hätten sich den Weg freischießen können, aber: »Wir hätten auf Menschen schießen müssen und das wollten wir nicht«.

Ludwig Baumann wurde zum Tode verurteilt, aber nach zwei Monaten begnadigt. Das erfuhr er aber erst acht Monate später, nachdem er Tag für Tag die Hinrichtung erwartet hatte. Das KZ Esterwegen und das Wehrmachtsgefängnis Torgau waren weitere Stationen, bis man ihn zum Kriegsende in das »Bewährungsbataillon 500« steckte. Ein Überleben war da nicht eingeplant. Eine Verwundung und ein tschechischer Arzt, der die Gesundung absichtlich verzögerte, retteten ihm schließlich das Leben. Sein Freund Kurt Oldenburg überlebte den Faschismus nicht.

Nach dem Krieg galt Ludwig Baumann in der BRD als vorbestraft – während die meisten Nazitäter frei herumliefen. Er galt als »Kriegsverräter«, wurde als Feigling und Dreckschwein verunglimpft. Viele Jahre verbrachte er in Depressionen. Er verfiel dem Alkohol und versoff sein Erbe. Erst der Tod seiner Frau und die Verantwortung, die er für seine sechs Kinder hatte, rissen ihn aus der Lethargie.

In den 1980er Jahren beteiligte er sich an der Friedensbewegung. 1990 gründete er mit 37 anderen Deserteuren die Bundesvereinigung Opfer der NS-Militärjustiz, um für die Rehabilitation von Deserteuren und Kriegsverrättern zu kämpfen. Im Rahmen dieser Kämpfe kam Ludwig Baumann im Januar 1993 auch nach Eberswalde. Udo Muszinski hatte ihn damals im Rahmen der Gesprächsreihe »Ohne Gewalt leben – Einblicke in deutsche Biographien« in das

Begegnungszentrum »Wege zur Gewaltfreiheit« eingeladen. Kurt Kretschmann und Reimar Gilsenbach, beide ebenfalls Wehrmachtsdeserteure, waren damals dabei (siehe »Der linke Eberspiegel« Nr. 1 und 2/1993).

Mit unserer Zeitung blieben wir noch viele Jahre mit Ludwig Baumann in Kontakt. Er berichtete des öfteren im Linken Eberspiegel und später in der »Barnimer Bürgerpost« über die Fortschritte im Kampf der Bundesvereinigung Opfer der NS-Militärjustiz. Es dauerte noch bis 2009, als der Deutsche Bundestag endlich die Deserteure und Kriegsverräter rehabilitierte.

Ludwig Baumann hat sich bleibende Verdienste erworben. Mit seinem Mut, sich gegen das Mitmachen in einem verbrecherischen Krieg aufzulehnen, bleibt er ein Vorbild für heutige Generationen. Nicht zuletzt, weil der deutsche Staat heute wieder in aller Welt Krieges führt.

GERD MARKMANN,

Redakteur der »Barnimer Bürgerpost«



**Entfernung
von der Truppe
Kriegsdienstverweigerung und
Desertion im Dritten Reich**

**Ausstellung
Franziskaner-Klosterkirche Angermünde
12.07. - 20.08.2018**

*Montag bis Freitag 10:00 - 16:00 Uhr
Samstag und Sonntag 13:00 - 17:00 Uhr*

Geplante AfD-Demo trifft auf Gegenwehr

Eberswalde (bbp). Unter dem Motto »Heimat ist Zukunft! Gesellschaft und Sicherheit, Einhaltung des Grundgesetzes, der Islam gehört nicht zu Deutschland!« hat die Partei Alternative für Deutschland (AfD) für den 25. August eine Versammlung auf dem Eberswalder Marktplatz angemeldet. Nach der Auftaktkundgebung soll ein Marsch vom Marktplatz durch die Ebert-, Eisenbahn-, Wilhelm- und Bergerstraße wieder zurück zum Markt führen. Darüber informierte der Eberswalder Bürgermeister Friedhelm Boginski am 19. Juli die Mitglieder des städtischen Hauptausschusses. Der stellvertretende

Vorsitzende der Fraktion DIE SPD Ringo Wrase wandte sich inzwischen an die Vertreter der demokratischen Parteien und Gewerkschaften im Barnim und übermittelte die Bitte des Bürgermeisters, Gegenveranstaltungen zu organisieren und darüber wenn möglich das Rathaus zu informieren. Die angesprochenen Vertreter kamen sich am 24. Juli zu einem ersten Planungstreffen zusammen.

Bereits vor einem Jahr hatte es im August eine AfD-Kundgebung mit vielerlei Gegenveranstaltungen gegeben. Damals war die geplante Demo mangels Teilnehmer abgesagt worden.

Finowkanalübernahme:

Scheitern mit Ansage

Das Scheitern des Übernahmeprojekts war vorprogrammiert. Bereits mit der Festlegung, nur die Schleusen übernehmen zu wollen, lenkte die KAG die Verhandlungen in eine Sackgasse. Zur Erinnerung: Der Bund hatte bei vollständiger Übernahme des Kanals 76 Millionen Euro als Mitgift angeboten. Davon hätten alle Schleusen saniert und ihr Betrieb für 10 bis 15 Jahre gesichert werden können – ohne daß bis dahin eine Belastung für die kommunalen Haushalte entstanden wäre. Anstatt dieses sehr gute Angebot anzunehmen, entschied man aus Angst vor der Verantwortung für die Schleusenübernahmevariante. Die geschätzten Kosten für die Kommunen ließ nun das gesamte Vorhaben platzen.

Das Aus für das Projekt ist ein Armutszeugnis für die Kommunalpolitik der Region und ihre führenden Köpfe. Trotz bester Voraussetzungen – ein gutes Angebot des Bundes, große Hilfe durch den Landkreis, gute Fördermöglichkeiten, boomender Wassertourismus im Land und ein hervorragendes ehrenamtliches Engagement zur Unterstützung des Projektes – wurde die große Chance zur Entwicklung der Kanalregion kläglich vergeben. Die Verantwortung für die Wahrung eines bedeutenden Teils unseres kulturellen Erbes und für eine nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung wurde nicht wahrgenommen. Und das, obwohl mehrere Gutachten, Masterarbeiten, Beispiele aus



FOTO: GERD MARKMANN

anderen Ländern und viele Unternehmer für das Projekt sprachen.

Nach Ursachen und Schuldigen für das Scheitern zu suchen, ist müßig. Fest steht jedenfalls, daß mit einem Bürgermeister und KAG-Vorsitzenden, der sich zu den Verhandlungen nur gedrängt fühlte und die Übernahme durch die Kommunen nie wirklich wollte, so ein Projekt nur schwer erfolgreich sein kann. Und ein bis heute für den Finowkanal verantwortlicher Wirtschaftsförderer, der für so ein Pilotvorhaben mit großem Potential keinerlei Begeisterung oder Leidenschaft entwickelt, sondern nur kleinkrämerisch sehr konservativ berechnete Kosten präsentiert, ist in dieser Funktion einfach fehl am Platze*.

KAREN OEHLER,

Fraktionsvorsitzende Bündnis 90/Die Grünen

* Der Bürgermeister hat auf diese Kritik reagiert und den einstigen Wirtschaftsamtsleiter Dr. Jan König zum Sozialdezernenten befördert (bbp).

Chancen für Senkung der Kreisumlage?

Man staunte nicht schlecht, als vor wenigen Tagen eine Handlungsempfehlung aus der Potsdamer Parteizentrale der Linken im ganzen Land, vor allem an die Kreistagsfraktionen der Linken, versendet wurde. In diesem als »Aktuelles Argument« bezeichneten Papier wird darauf hingewiesen, daß durch die recht hohen Kreisumlagen und den guten Steuereinnahmen der letzten Jahre viele Landkreise ein Polster aufgebaut hätten. Daher – so die Handlungsempfehlung der Parteileitung an ihre Kreistagsfraktionen – solle man jetzt in den Kreistagen die Senkung der Kreisumlagen zugunsten der Gemeinden beantragen.

Genau dies hatte die Fraktion BVB/Freie Wähler in verschiedenster Form bereits dreimal in den vergangenen Monaten beantragt. Im September 2017 beantragten wir, den Überschuß an die Gemeinden entsprechend der Einwohnerzahl auszuzahlen. SPD und Linke lehnten mit dem Argument ab, daß man eher den Kreisumlagesatz überprüfen müsse. Daraufhin stellten wir im Dezember 2017 den Antrag, den Umlagesatz für die kommenden zwei Jahre um einen Prozentpunkt zu senken – so wie es andere Landkreise in der jüngsten Vergangenheit auch taten. Auch dies wurde abgelehnt, weil man meinte, daß es hierzu einer

langfristigeren Vorbereitung bedürfe. Also reichten wir im März 2018 einen Antrag ein, der keine sofortige Senkung, sondern eine frühzeitige Einbindung der Gemeinden bei der Festlegung des Kreisumlagesatzes vorsah. Aber auch das wurde von Rot-Rot abgelehnt. Die Linken behaupteten sogar, daß die Senkung der Kreisumlage zu einer Abschaffung der Schulmilch führen könnte... Doch nun – im kommenden Jahr sind Kommunalwahlen – schlagen die Linken mit exakt denselben Argumenten die Senkung der Kreisumlage vor.

Das ist genau die Art Politik, die viele Bürger nicht mehr wollen. Es ist zu begrüßen, wenn unsere Argumente nun auch beim politischen Mitbewerber zu einem Umdenken führen und die Kreisumlage zusammen nachhaltig gesenkt wird. Es aber nur als Thema für den Wahlkampf zu nutzen, ist genau die Art falscher Politik, die man eigentlich ablehnt. Die Linke, aber nicht nur diese, sollte sich endlich fragen, ob sie eine Wahlkampfshow machen oder eine ehrliche, sachorientierte Politik umsetzen möchte. Unsere Fraktion wird den Antrag nochmals in den Kreistag einbringen. Wir hoffen, daß es so endlich möglich wird, die Kommunen zu entlasten.

THOMAS STRESE und SVEN WELLER

»Finale Phase« nun beendet

Von der »finalen Phase« der Finowkanalverhandlungen – also vom Ende des Sterbeprozesses – hatte die Pressestelle der Eberswalder Stadtverwaltung bereits im Januar 2017 gesprochen. Die ALTERNATIVE LISTE EBERSWALDE und ihr Vertreter in der Fraktion Alternatives Wählerbündnis Eberswalde hatten damals zeitnah diese neue Sicht auf die Dinge begrüßt und eine schnelle Entscheidung gefordert, um weiteren Schaden abzuwenden. Schließlich waren damals schon 100.000 Euro für eine im Grunde überflüssige Studie zur Kanalübernahme ausgegeben worden.

Es folgten wilde Dementis von Bürgermeister Friedhelm Boginski (MOZ, 26.01.2017). Inzwischen nahm unter den Stadtverordneten die ablehnende Haltung zur Kanal-Übernahme zu. Ein entsprechender Beschlusantrag der Linkspartei konnte im Dezember gerade noch abgewendet werden. Damals erhielt der Bürgermeister, der bis dahin völlig ohne Votum der Stadtverordneten agiert hatte, sogar noch einen Verhandlungsauftrag.

Dann war es doch der Bürgermeister selbst, der die Notbremse zog und die Verhandlungen zur Schleusenübernahme für gescheitert erklärte. Wiederum ohne vorherigen Beschluß der Stadtverordneten. Dieser wurde erst am 28. Juni nachgeholt, auch wenn sich die Stadtverordneten zuvor ein wenig zierten, dem Bürgermeister eine nachträgliche Vollmacht für längst vollzogene Entscheidungen zu erteilen.

Was der Bürgermeister in der beschlossenen Erklärung vorschlug (Finowkanal ist ein wichtiges historisches und identitätsstiftendes Kulturgut, durchgängige Schifffbarkeit ist wünschenswerte Voraussetzung für die weitere touristische Entwicklung der Region, die Stadt besitzt nicht die Finanzkraft zur Schleusenübernahme, die KAG Region Finowkanal soll sich für die durchgängige Schifffbarkeit bei Landkreis, Land und Bund einsetzen sowie die Finanzierung der Schleusenwärter), war schon Anfang 2016 aktuell. Mit dem Einlassen auf die Übernahmeverhandlungen, bei denen Boginski schließlich die Verhandlungsführung an sich gerissen hatte, sind zweieinhalb Jahre verloren gegangen. Die Chancen, die aufgelisteten Forderungen tatsächlich durchzusetzen, sind inzwischen wesentlich geringer. Durch ihr Lavieren sind die Kommunen heute in einer weitaus schlechteren Verhandlungsposition gegenüber dem Bund als damals.

Dennoch, die Chancen für eine positive Lösung für den Finowkanal haben sich mit dem Ende der »finalen Phase«, dem Exitus der Übernahmeverhandlungen, letztlich verbessert.

GERD MARKMANN

Barnimer Bürgerpost
abonnieren!

eMail: redaktion@barnimer-buergerpost.de
Telefon: 0 33 34 / 35 65 42
internet: www.barnimer-buergerpost.de

Einwohnerversammlungen

Eberswalde (prest-ew). Nach den Einwohner-versammlungen in Spechthausen, Tornow und Sommerfelde begann am 4. Juni erstmal auch die Einwohnerversammlung für Nordend/Leib-nizviertel mit einer Ortsteilbegehung.

Nach der Sommerpause folgen die übrigen Einwohnerversammlungen, welche in diesem Jahr ebenfalls meist als Ortsteilbegehungen durchgeführt werden: Westend am 27. August um 18.30 Uhr (Treffpunkt Jugendclub STINO, Heegermühler Straße 2), Stadtmitte/Ostend am 3. September um 18.30 Uhr (Treffpunkt Park am Weidendamm, Schickler-/Ecke Goethestraße) und Finow am 10. September um 18 Uhr ((Treffpunkt Waldsportanlage, Ringstraße 132). Die Einwohnerversammlung im Brandenburgerischen Viertel wird wieder als Bürgerforum in der Aula der Grundschule Schwärzsee (Kyritzer Str. 29) durchgeführt. Termin ist der 15. Oktober, um 18 Uhr.

Lärmbelästigung stoppen

Vor-Ort-Termin in Zepernick



FOTO: BVB/FREIE WÄHLER

Panketal (bbp). Die Panketaler Kreistagsabgeordnete Christiane Herrmann und der Landtagsabgeordnete Péter Vida (beide BVB/Freie Wähler) verschafften sich einen Eindruck über die Zustände in der Zepernicker Poststraße. Vida war von Einwohnern darauf aufmerksam gemacht worden, daß die Linienführung der Barnimer Busgesellschaft durch die mit Kopfsteinpflaster überzogene Straße zu massiven Lärmbelastungen, Erschütterungen und Rissen in den Häusern führt.

Die beiden konnten beobachten, daß die Straße nicht für den Bus-Bus-Begegnungsverkehr ausgelegt ist. Zudem befinden sich die Haltestellen im Kreuzungsbereich zur Schönrlinder Straße nebeneinander, sodaß eine erhebliche verkehrliche Belastung entsteht.

»Wenn eine Anliegerstraße derartigen Zusatzverkehr aufzunehmen hat«, so Christiane Herrmann, »stellt sich die Frage, ob ernsthaft noch die Anlieger für Ausbaumaßnahmen – die mit Sicherheit notwendig werden – zur Kasse gebeten werden können«. Die beiden Volksvertreter kündigten an, sowohl auf Gemeinde- als auch Kreis- und Landesebene zu diesem Thema Anfragen und Anträge einreichen. »Ziel muß es sein«, sagte Péter Vida, »bei einer der ältesten und noch in historischer Form erhaltenen Straßen Zepernicks eine Verkehrsberuhigung zu erreichen«.

Neue Koalition im Kreistag

Bündnisgrüne fordern: »Mehr Nachhaltigkeit, Ökologie, Umwelt- und Naturschutz«

Die vier Kreistagsabgeordneten von Bündnis 90/Die Grünen sicherten mit ihren Stimmen die Mehrheit für die Wahl von Daniel Kurth (SPD) zum neuen Landrat.

Unsere Stimmen gab es nicht umsonst. Wir haben im Vorfeld mit den Fraktionen von SPD und Linken und dem neuen Landrat verabredet, daß zukünftig Fragen von Umwelt- und Naturschutz, Ökologie und Nachhaltigkeit eine größere Rolle in der Kreispolitik spielen werden.

Als eine der ersten Maßnahmen wurde vereinbart, die Untere Naturschutzbehörde aufzuwerten. Sie soll personell gestärkt und aus der strukturellen Zugehörigkeit zum Bauordnungsamt gelöst werden. Als eigenes Amt wird die Behörde endlich wieder mehr Biß bekommen und die Naturschutzaufgaben, zum Beispiel im Baumschutz, wirksamer wahrnehmen. Der Umgang mit Baumfällanträgen und Verstößen gegen die Baumschutzsatzung soll transparenter werden.

Bündnis 90/Die Grünen sind über die Landratswahl hinaus bereit, zunächst bis zur Kom-

munalwahl 2019, mit den Fraktionen von SPD und LINKE sachorientiert zusammenzuarbeiten. Dazu wurden vor der Landratswahl mehrere intensive Gespräche geführt. Grundlage für eine Zusammenarbeit ist die Übereinstimmung, für einen solidarischen, sozialen, ökologisch-modernen Barnim zu wirken.

Mehrere, für die Grünen wichtige konkrete Projekte, sollen in naher Zukunft umgesetzt oder auf den Weg gebracht werden. Dazu zählen die weitere Förderung der ländlichen Regionen im Kreis, Bioessen in den Schulen, die Förderung von E-Mobilität und ÖPNV, die Gründung einer Energiegenossenschaft und die Aufstellung eines Barnimer Pflegeplans, in dem Ideen und Strategien für die demografischen Herausforderungen Landkreis erarbeitet werden sollen.

STEFAN BÖHMER, Fraktionsvorsitzender
Grüne/B90 im Kreistag Barnim

Linke Fraktionen in Bernau und Panketal:

Entlastungskonzept für Pendler

Bernau (dl). Zusammen wohnen in den beiden Nachbarkommunen über 60.000 Barnimer. Die Fraktionen der LINKEN aus beiden Orten trafen sich zu einer gemeinsamen Sitzung. Neben anderen aktuellen Vorhaben und Problemen stand insbesondere die Verkehrssituation und Anbindung an Berlin im Mittelpunkt der Debatte.

Das Entlastungskonzept für die Berufspendler während der Bauarbeiten an der Bahntrasse zwischen Berlin und Bernau komme nicht voran, wurde kritisiert. »Pendler erleben immer wieder unzumutbare Zustände im Schienenersatzverkehr. Kommen in den nächsten Jahren die Sperren der S-Bahn-Brücken in Bernau und Panketal dazu, droht auch ein Verkehrschaos innerhalb unserer Orte«, so Thomas Stein. Er sprach sich für eine Koordinierungsstelle aus, in der Vertreter der Bahn AG, die Kreisverwaltung, die Barnimer Busgesellschaft, die Straßenbauämter und die betroffenen Gemeinden gemeinsam nach brauchbaren Lösungen suchen. Wolfgang Kirsch, Vorsitzender des Stadtentwicklungsausschusses in Bernau, griff die Idee auf und will einen ersten gemeinsamen Treff organisieren.

Es könne nicht sein, so die Fraktionsvorsitzende von Panketal, Christel Zillmann, daß tausende Pendlerinnen und Pendler im Regen stehen gelassen werden. »Wir müssen brauchbare Konzepte fordern und im Interesse der Bürgerinnen und Bürger politischen Druck ausüben«, so die Panketalerin. Auch der Radweg von Schwanebeck nach Bernau müsse endlich fertiggestellt werden, forderte sie und rief die Bernauer zu mehr Engagement für den Lückenschluß auf. Das sagte die Bernauer Fraktionsvorsitzende, Dr. Dagmar Enkelmann, zu.

Beide Fraktionen sprachen sich für eine noch bessere Taktung und Linienführung in-

nerhalb und zwischen den wachsenden Siedlungsgebieten von Bernau und Panketal ein. »Die besten Lösungen entstehen immer dann«, so Dagmar Enkelmann, »wenn die Bewohnerinnen und Bewohner beteiligt werden«.

Thomas Stein will darüber hinaus gemeinsam mit dem Bernauer Bürgermeister André Stahl (Die Linke) weitere Kanäle für den Erfahrungsaustausch zu Themen wie Straßenausbaubeiträge, Wasser- und Abwasserversorgung und Ausbau der sozialen Infrastruktur finden. Die Bürgerinnen und Bürger sollen dabei informiert und mitgenommen werden.

Eine gemeinsame Bürgerversammlung zur Information über das Entlastungskonzept für die Berufspendler während der Bauarbeiten an der Bahntrasse zwischen Berlin und Bernau wurde vereinbart.

Mit dem Diesel zum Klimatag

Zum Aktionstag »Wir können Klimaschutz« in Eberswalde, der Anfang Juni gemeinsam von Stadtverwaltung und Kreiswerken veranstaltet wurde, war nicht zuletzt bemerkenswert, daß extra zusätzliche Dieselsebusse führen, um die Besucher zur Deponie zu karren. Soviel zum Klimaschutz... Diese stündlichen Sonderbusse vom Bahnhof über den Markt zur Deponie und zurück wurden übrigens angekündigt als »umweltfreundliche Anreise«. Diese Heuchelei ist schon erschreckend.

BIANCA BLATTNER

Denkmalsanierung auf der langen Bank

Eberswalde (bbp). Die Stadt Eberswalde verfügt über eine große Anzahl historischer Gebäude, die unter Denkmalschutz stehen. Darunter sind viele, die mit der Industriegeschichte der Finowkanalregion im Zusammenhang stehen. Ein großer Teil davon steht seit Jahren ungenutzt leer und ist dem Verfall preisgegeben. Dazu gehören das Kraftwerk Heegermühle und die sogenannte Hirsch-Villa in der Messingwerksiedlung. Der Stadtverordnete DIETMAR ORTEL (CDU) fragte bei der Stadtverwaltung nach, ob es zu diesen beiden Denkmalen neue Informationen gebe.

In der Hirsch-Villa, erfuhr der Stadtverordnete von Baudezernentin ANNE FELLNER, fänden in Abstimmung mit der Unteren Denkmalschutzbehörde Sanierungsarbeiten im Haus

statt. Dazu gebe es einen Bauantrag, der vom Bauordnungsamt genehmigt wurde.

Beim Kraftwerk Heegermühle hingegen hätten sich hingegen im Ergebnis einer Untersuchung Probleme aufgezeigt. Die Dezernentin appellierte an die Stadtverordneten, »die Verwaltung dahingehend zu unterstützen, daß die Sanierungsarbeiten an der Borsighalle abgeschlossen werden können, um so ein wesentliches Zeichen für die Stadt Eberswalde im Hinblick auf die Industriekultur zu setzen«.

Das Projekt »Kraftwerk Heegermühle« soll demnach erst »zu einem späteren Zeitpunkt« in Angriff genommen werden. Damit werde sichergestellt, betonte Fellner, »daß die Projekte an Schulen, Kitas und Sportstätten realisiert werden können«.

Nichts genaues weiß man nicht

Eberswalde (bbp). Die Bürgerfraktion Eberswalde hatte zur Stadtverordnetenversammlung am 31. Mai einen »Überblick über Investoren und Investitionen in Eberswalde in den letzten 5 Jahren« erbeten. Nicht zuletzt ging es der Fraktion darum, auch zu erfahren, welche Projekte, Neuansiedlungen und Investitionsvorhaben, die der Stadtverwaltung vorgestellt wurden, nicht realisiert, positiv von der Stadtverwaltung begleitet bzw. beschieden wurden.

»Aus datenschutzrechtlichen Gründen und weil diverse gegenüber der Verwaltung gestellte Anfragen von Investoren nicht dokumentiert werden«, könne »eine genaue Beantwortung der Fragen ... nicht vorgenommen werden«, lautete die Ant-

wort von Bürgermeister Friedhelm Boginski (FDP). »Oftmals scheitern Vorhaben, weil die gewünschte Fläche nicht der Stadt Eberswalde gehört oder die Vorhaben nicht mit den Konzepten vereinbar sind«, so Boginski weiter.

Weiteres ließ der Bürgermeister nicht wissen – auch nichts ungenau. Dafür räumte er breiten Raum ein, um über das städtische Förderprogramm für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) zu informieren, was gar nicht Gegenstand der Anfrage war. Schließlich erklärte er, daß Baudezernentin Anne Fellner, Sozialdezernent Prof. Dr. König und er selbst »jederzeit bereit sind, persönliche Gespräche mit Investoren zu führen«.

Kreis übernimmt Grundschule

Ahrensfelde (bbp). Zur »Entwicklung der Schullandschaft in Ahrensfelde«, so die Formulierung der offiziellen Pressemitteilung, haben die Gemeinde Ahrensfelde und der Landkreis Barnim am 29. Juni eine öffentlich-rechtliche Vereinbarung unterzeichnet. Im Mittelpunkt der Vereinbarung steht die Übernahme der Grundschule Blumberg durch den Landkreis.

Sitzungsgeld für Beiräte

Eberswalde (bbp). Auf Vorschlag der FDP beschlossen die Eberswalder Stadtverordneten am 31. Mai mehrheitlich, künftig den Vertretern der Beiräte laut Hauptsatzung – das sind derzeit der Seniorenbeirat und der Kulturbeirat – für die Teilnahme an Sitzungen städtischer Ausschüsse und der Stadtverordnetenversammlung, zu denen sie eingeladen wurden, ein Sitzungsgeld in Höhe des Sitzungsgeldes der sachkundigen Einwohner zu gewähren. Entsprechend der Entschädigungssatzung sind das 16 Euro pro Person und Sitzung. Mit dieser Entscheidung fördern die Stadtverordneten symbolträchtig das Ehrenamt, ohne die Stadtkasse merklich zu belasten. Maximal sind 640 Euro pro Jahr dafür aufzuwenden.

Vor einem Jahr beschlossen:

Aufnahme von Yezidinnen

Eberswalde (bbp). Vor einem Jahr, am 29. Juni 2017, hatten die Eberswalder Stadtverordneten eine Bereitschaftserklärung zur Aufnahme von etwa 30 Yezidinnen in der Stadt Eberswalde beschlossen. Der Bürgermeister wurde beauftragt, sich um alle Formalitäten und Bedingungen zur Aufnahme zu kümmern. Zur Aufnahme selbst sollte es einen besonderen Beschluß der Stadtverordneten geben.

Ein knappes Jahr später, im April 2018, informierte der neue Sozialdezernent Prof. Dr. Jan König die Stadtverordneten über ein Treffen mit Ulrich Wendte, dem Referatsleiter für Integration im Brandenburger Sozialministerium, in dem die Thematik »Aufnahme von Yezidinnen« behandelt worden sei. Vor einer Aufnahme wäre zu klären, welche Rahmenbedingungen hinsichtlich Wohnraum, gesellschaftlichem Engagement sowie medizinischer und psychologischer Betreuung nötig sind und ob die Stadt Eberswalde dies erfüllen kann. Hierzu werden »weitere vertiefende Gespräche mit dem Land Brandenburg geführt«, sagte Dr. König, der den Stadtverordneten versprach, »regelmäßig über den aktuellen Sachstand« zu informieren.

Kulturkosten

Eberswalde (bbp). »Kulturelle Projekte der Stadt Eberswalde« standen im Mittelpunkt einer Anfrage der Bürgerfraktion Eberswalde, mit der sich die Stadtverordneten an den Sozialdezernenten Prof. Dr. Jan König wandten. Dieser stellte seinen Antworten den Hinweis voran, »daß kulturpolitische Aufgaben immer defizitär sind und daher einer öffentlichen Unterstützung bedürfen. Allerdings nicht um jeden Preis, so daß eine Evaluierung bzw. Bewertung der Projekte geboten ist.« Die Fraktion hatte konkrete Projekte benannt (»Kopfkino«, »Tatort Lücke« und »Theater Theater«).

»Das Projekt 'Kopfkino', so Dr. König in seiner Antwort, »ist eine monatlich stattfindende Filmreihe im BBZ 'Amadeu Antonio' (mit Ausnahme der Sommerpause). Die jährlichen Kosten belaufen sich auf insgesamt 8.984,50 Euro. Von den Nettokosten in Höhe von 7.550 Euro entfallen 4.600 Euro auf die Personalkosten des Auftragnehmers, welcher im Rahmen seiner Tätigkeit die technische Betreuung, die Öffentlichkeitsarbeit als auch das Einholen der notwendigen Lizenzen verantwortet. Auf die Technik, die Lizenzen und weiteres Material entfallen 2.950 Euro, während die Mehrwertsteuer 1.434,50 Euro beträgt.

Die Gesamtkosten für das Projekt »Tatort Lücke« belaufen sich auf 150.000 Euro, wobei der städtische Eigenanteil für das 1,5-jährige Projekt insgesamt 15.000 Euro beträgt. Der Rest wird durch die Kulturstiftung des Bundes im Programm »Stadtgefährten« gefördert.

Die Veranstaltungsreihe »Theater Theater« mit mindestens 10 Veranstaltungen jährlich verursacht für die Stadt Eberswalde jährliche Gesamtkosten in Höhe von 23.500 Euro.

Im Schnitt nehmen je »Kopfkino«-Vorführung rund 60 Personen teil. Den »Tatort Lücke« besuchten bisher durchschnittlich 200 Zuschauer je Folge. Die Veranstaltungen von »Theater Theater« richteten sich an verschiedene Zielgruppen (Kita und Schule aber auch öffentliche Veranstaltungen), so daß hier eine größere Schwankung in den Besucheranzahlen der einzelnen Veranstaltungen zu verzeichnen ist (von 20 bis zu 500).

»Wie häufig«, so die abschließende Frage, »findet eine Evaluation kultureller Projekte im Fachamt statt und gibt es eine Vorgabe, ab wann solche Projekte eingestellt werden sollten, falls der Zuspruch der Bevölkerung fehlt?«

Eine Evaluierung der angebotenen kulturellen Projekte, so Dr. König, »findet auf verschiedenen Ebenen fortlaufend statt ... Hierbei werden sowohl der Aufwand (finanziell als auch zeitlich) den Erwartungen sowie den Indikatoren Besucheranzahl, Meinung der Besucher aber auch Hinweise von Dritten abgewogen.« Falls nötig gebe es Konzeptanpassungen oder die Projekte werden eingestellt. So wurden für teilweise geringe Besucherzahlen die wechselnden Spielorte als eine Ursache erkannt. Als Konsequenz werde das BBZ »Amadeu Antonio« seit diesem Jahr fester Theaterort entwickelt.

Im Bereich der Friedensbrücke entstanden mit dem Kreuzungsneubau ausgebauter Radwege. Ansonsten jedoch wird auf sogenannte Radschutzstreifen zurückgegriffen, sogar im Bereich vor dem Rathaus zwischen Jüden- und Friedrich-Ebert-Straße. Dort ist die Breite Straße entgegen ihrem Namen mit nur 7,40 m sehr schmal.

»Um dieses Angebot für den Radverkehr zu ermöglichen«, teilt die Stadtverwaltung mit, »mußte der zur Verfügung stehende Verkehrsraum neu aufgeteilt werden«. Das Linksabbiegen in die Friedrich-Ebert-Straße ist nur noch Bussen im Linienverkehr erlaubt. Sicherheit für den Radverkehr wurde dennoch nicht erreicht. Die Breite Straße gehört mit rund 14.000 Fahrzeugen pro Tag zu den am höchsten belasteten Straßen in Eberswalde. Für den Schwerlastverkehr in bzw. aus Richtung Osten ist es der einzige Weg durch die Stadt.

Von den 7,40 Meter Straßenbreite gehen nun 1,50 und 1,25 Meter für zwei »Schutzstreifen« ab. Für den übrigen Verkehr bleiben 4,75 Meter übrig. Abzüglich Markierungen reduzieren sich die Fahrstreifen jeweils auf rund 2,30 Meter (vgl. BBP 2/2018). Ein Begegnungsverkehr von LKWs bzw. Bussen ist hier nur möglich, wenn auf die Schutzstreifen ausgewichen wird. Zum Vergleich: Die Fritz-Weineck-Straße in Finow-Ost »wurde für den Begegnungsfall LKW-LKW auf 6,50 Meter ausgebaut«, wie Tiefbauamtsleiterin Heike Köhler am 12. Juli anläßlich der offiziellen Eröffnung dieser Wohngebietsstraße erläuterte.

Baudezernentin Anne Fellner erklärt das Abweichen von der Norm: »Anders war die Schaffung adäquater Radverkehrsverhältnisse nicht zu erreichen«. Ein Mindestmaß an Verkehrssicherheit kann nur durch die Reduzierung der Geschwindigkeit auf Tempo 30 erreicht werden. Die »vorhandene Engstelle im Kreuzungsbereich der Breiten Straße/Jüdenstraße« werde so »problemlos für alle Verkehrsteilnehmer sicher befahrbar«, heißt es in der Mitteilung. Allerdings wird vorsichtshalber auf die Straßen-

2,30 Meter für Schwerlast

Die Baumaßnahme in der Breiten Straße ist abgeschlossen. In einer Ende Juni verbreiteten Pressemitteilung bezeichnet die Stadtverwaltung diese wichtige Verkehrsader als nun »auch für Radfahrer vollständig attraktiv«.

verkehrsordnung § 1 verwiesen, der »grundlegend«, wie es heißt, zu beachten sei: »Die Teilnahme am Straßenverkehr erfordert ständige Vorsicht und gegenseitige Rücksicht. Alle Verkehrsteilnehmer haben sich also auch an dieser Stelle so zu verhalten, daß kein Verkehrsteilnehmer geschädigt, gefährdet, behindert oder belästigt wird.« Demnach sieht also auch die Baudezernentin eine besondere Gefahr – trotz oder vielleicht vielmehr wegen der neuen Radschutzstreifen, die »an dieser Stelle« zu Radgefahrungsstreifen werden.

Sicher für Radfahrer sind diese Schutzstreifen nur, wenn dort keine oder zumindest gegenüber der aktuellen Situation deutlich weniger Autos unterwegs sind. Dies ist jedoch auf absehbare Zeit nicht zu erwarten. Erst mit Realisierung des zweiten Bauabschnitts der B167-neu wäre mit einer gewissen Verkehrsentslastung in der Breiten Straße zu rechnen. Bislang gibt es für diesen Abschnitt lediglich Vorplanungen. Zwischenzeitlich wird sich laut den Prognosen im Bundesverkehrswegplan nach Fertigstellung des ersten Bauabschnitts die Verkehrsbelastung vor dem Rathaus sogar noch erhöhen.

Statt Konflikte zwischen den verschiedenen Verkehrsteilnehmern durch eine kluge Verkehrsführung zu entschärfen, werden »an dieser Stelle«, ähnlich wie in der Heegermühler Straße, Konflikte hervorgerufen und befördert.

Grundlage für die Fehlentwicklungen ist das 2015 beschlossene Radnutzungskonzept der



Foto: JURGEN GWANZOW

Nun »auch für Radfahrer vollständig attraktiv«. Allerdings sollen die Markierungen für den Radstreifen auf der Marktseite erst aufgebracht werden, wenn die alte Abbiegespur entfernt ist. Verantwortlich dafür ist der Landesbetrieb für Straßenwesen. Eine Führung des Radverkehrs über den bisherigen Gehweg, wie hier im praktischen Beispiel (nur in verkehrter Richtung) bereits schonmal ausprobiert, ist nicht vorgesehen, wie der zuständige Mitarbeiter in der Stadtverwaltung Sören Bauer auf Nachfrage mitteilte.

Stadt. Darin werden »durchgehende Radschnellverbindungen« entlang der Bundes- und Landesstraßen favorisiert. Das schont die Stadtkasse, weil dort das Landesstraßenamt die Radwege finanziert. Dem Radverkehr ist damit wenig geholfen. Notwendig sind statt dessen intelligente und kurze Radwegverbindungen zwischen den einzelnen Stadtteilen und deren Verknüpfung zu einem attraktiven und durchlässigen Radwegenetz. Für diese Radwegverbindungen abseits der Autostraßen sollten bestehende Wege zwischen den Stadtteilen und verkehrsberuhigte Straßen in den Wohngebieten genutzt werden. Ganz ähnlich argumentierte jüngst der Landesvorsitzende des ADFC in Brandenburg Stefan Overkamp (MOZ, 21./22.7.18). **GERD MARKMANN**

Die sogenannten »Radschutzstreifen« in der Heegermühler Straße waren offensichtlich ohne Audit eingerichtet worden. Wegen der fehlenden Anbindungen am Kupferhammer Weg und an der Boldtstraße – und vielleicht auch als Folge der ersten Proteste gegen die veränderte Verkehrsführung in der Heegermühler Straße – sollte nun also die Sicherheit und die Einhaltung der Standards geprüft werden. Das versprach die Baudezernentin, womit sie geschickt die ersten Vorstöße zur Wiederherstellung der bis Herbst 2016 geltenden Verkehrsführung in der Heegermühler Straße unterliefe. Hilfreich waren ihr damals gezielte Indiskretionen eines Stadtverordneten.

Nun ist inzwischen mehr als ein Jahr vergangen und seit Ende Mai liegt ein erster Entwurf dieses Audits vor. Allerdings gibt es laut Auskunft von der Baudezernentin Anne Fellner beim Landesbetrieb noch Klärungsbedarf und

»Sicherheitsaudit« erst im Oktober

Eberswalde (bbp). Es war im Mai 2017, als die Eberswalder Baudezernentin Anne Fellner verkünden konnte, daß der Brandenburgische Landesbetrieb für Straßenwesen in der Heegermühler Straße ein Verkehrssicherheitsaudit durchführen werde. Sowas sei, hieß es damals, ohnehin vorgeschrieben, wenn neue Verkehrsführungen geplant sind.

zugleich fehlen personelle Kapazitäten. Die veröffentlichungsfähige Endfassung des Verkehrssicherheitsaudits liege demnach frühestens im Oktober vor.

Bis dahin will auch die Bürgerinitiative »Radwege in Eberswalde« ihr Bürgerbegehren »zur Wiederherstellung der bis Herbst 2016 geltenden Verkehrsführung in der Heegermühler Straße« beim Wahlleiter der Stadt Eberswalde einreichen. Wie der BI-Sprecher Dr. Ulrich Pofahl gegenüber der »Barnimer Bürgerpost« mitteilte, ist inzwischen die notwendige Mindestzahl an Unterschriften gesammelt worden. Dennoch will die Initiative bis Ende des Som-

mers weiter sammeln, um durch eine höhere Zahl an Unterschriften dem Begehren ein größeres Gewicht zu geben und natürlich auch, um wegen möglicher Doppelunterschriften oder aus anderen Gründen ungültigen Einträgen auf der sicheren Seite zu sein. Die Bürgerinitiative, so Dr. Pofahl, ruft alle Eberswalderinnen und Eberswalder, die noch nicht unterschrieben haben, zur Teilnahme an dem Bürgerbegehren auf. Dies sei »gelebte Demokratie«. Im Erfolgsfall hat das Bürgerbegehren unmittelbar einen Bürgerentscheid zur Folge. Dann haben es die Eberswalder Bürgerinnen und Bürger direkt in der Hand zu entscheiden.

Zehn Jahre contra Freileitung

Am 13. Juni 2018 jährte sich der Gründungstag der Bürgerinitiative Biosphäre unter Strom – keine Freileitung durchs Reservat zum zehnten Mal. Der Sprecher der Bürgerinitiative Biosphäre unter Strom – keine Freileitung durchs Reservat erinnert an die Gründung der Initiative am 13. Juni 2008 und dankt allen Mitstreitern und Unterstützern für ihr Engagement und ruft zugleich dazu auf, sich in dem kommenden Planergänzungsverfahren noch einmal deutlich zu Wort zu melden, um die von 50Hertz geplante Freileitung endgültig zu Fall zu bringen.

Rückblickend können wir sagen, daß die Arbeit der Bürgerinitiative sehr erfolgreich war. Es ist uns gelungen, die Fragwürdigkeit des Planvorhabens in die Öffentlichkeit zu tragen, die Öffentlichkeit für die Problematik der 380kV-Freileitung von Bertikow bei Prenzlau nach Neuenhagen bei Berlin zu sensibilisieren und die kommunalen Parlamente der betroffenen Städte und Gemeinde zu ablehnenden Voten zu motivieren und sich an der Finanzierung von wissenschaftlichen Gutachten für eine kompetente Begründung ihrer ablehnenden Stellungnahmen im Planfeststellungsverfahren zu beteiligen (mehr als 1300 Einwendungen).

Die Bürgerinitiative hat auf dieser Basis den Protest gegen die geplante Freileitung gebündelt und u. a. den NABU-Brandenburg für eine Klage gegen den Planfeststellungsbeschluß gewonnen. Durch das mit der Klage gegen den Planfeststellungsbeschluß beantragte Rechtschutzverfahren wurde im Herbst 2014 ein Baustopp vom Bundesverwaltungsgericht verhängt, der bis auf weiteres greift. Schließlich wurde durch das BVG-Urteil vom 21.1.2016 der Planfeststellungsbeschluß als »rechtswidrig und nicht vollziehbar« erkannt.

Leider ist der gemeinsame Appell der betroffenen Städte, Ämter und Gemeinden, des NABU-Brandenburg und der Bürgerinitiative an den Ministerpräsidenten von Brandenburg, sich moderierend in den Konflikt um die geplante 380kV-Freileitung einzuschalten, der im April 2016 im Wirtschaftsministerium überreicht wurde, ergebnislos verhallt. Auch der Appell der BI an das Infrastrukturministerium

sich im Kontext des Planfeststellungsverfahrens für die EUGAL-Leitung um eine Lösung des Freileitungskonflikts zu bemühen, wurde von Ministerin Schneider nicht aufgegriffen. Hier wurde abermals die Chance einer Bündelung von Infrastrukturplanungen vertan. Die Planung einer Erdgasleitung ist offensichtlich kein Problem, die Planung einer Erdkabeltrasse anscheinend schon. Es sind nicht technische Probleme, sondern es fehlt beim Netzbetreiber einfach der Wille und die Landesregierung bestärkt ihn durch ihre Untätigkeit.

Unser Rückblick auf zehn Jahre Erfahrungen im Freileitungsprotest schließt mit einer herben Kritik an der gegenwärtigen brandenburgischen Landesregierung. Im Gegensatz zur Regierung Platzeck, die noch versucht hatte, diese Leitung als Pilotprojekt für die Erdverkabelung in das Energieleitungsausbaugesetz (EnLAG) aufzunehmen (Kabinettsbeschluß vom 26.8.2008), pflegt die Regierung Woidke den nahtlosen Schulterschuß mit 50Hertz, so daß ein neuer Rechtsstreit im Falle eines neuen Planfeststellungsbeschlusses für eine reine Freileitung provoziert wird.

Vor dem Hintergrund unserer zehnjährigen Erfahrung im Freileitungsprotest sehen wir den kommenden Auseinandersetzungen im Planergänzungsverfahren zuversichtlich entgegen.

Weitere Informationen entnehmen Sie bitte unserer Homepage: www.trassenfrei.de.

**Nicht über unsere Köpfe!
Keine Freileitung durch Wohn- und Schutzgebiete!
380kV – ab in die Erde!**

HARTMUT LINDNER

Volksinitiative gestartet:

Straßenausbaubeiträge abschaffen

Der Landesverband von BVB/Freie Wähler hat am 10. Juni auf seiner Zentralversammlung in Wildau Kurs auf das Wahljahr 2019 genommen. Unter Anwesenheit von Wählergruppen aus allen Landkreisen wurde der Plan für die Kommunal- und Landtagswahlen im kommenden Jahr abgesteckt. Ziel ist der Einzug in alle Kreistage und Stadtverordnetenversammlungen der kreisfreien Städte. Durch ein starkes Kommunalwahlergebnis soll der Weg für einen Wiedereinzug in den Landtag geebnet werden. Die Ergebnisse der Bürgermeister- und Landratswahlen der letzten Monate geben hierfür hinreichend Hoffnung.

Zugleich wurde einstimmig die Einleitung einer Volksinitiative zur Abschaffung der Straßenausbaubeiträge beschlossen. Dafür sol-

len in den kommenden Monaten die erforderlichen 20.000 Unterschriften gesammelt werden, um auf diesem Wege eine Änderung des Kommunalabgabengesetzes zu erreichen. Ziel ist es, eine soziale Entlastung der Beitragspflichtigen zu erreichen und Straßenausbau als Element der Daseinsvorsorge aus dem allgemeinen Haushalt zu finanzieren. Die Volksinitiative wird im ganzen Land auf Unterschriftensammlung gehen und dabei von vielen lokalen Bürgergruppen unterstützt.

Als weitere wichtige Themen wurden die Rückzahlung der Altanschießerbeiträge, eine vernünftige Abstandsregelung für Windräder, ein besserer Betreuungsschlüssel in Kitas und ein sinnvoll abgestimmter ÖPNV benannt.

PÉTER VIDA

Uckermarkleitung: Voll auf Konfrontation

Am 16. Juli begann ein Planergänzungsverfahren für die »Uckermarkleitung«, einer zwischen Bertikow (Uckermark) und Neuenhagen (Märkisch-Oderland) geplanten 380-KV-Höchstspannungsleitung.

Mit der Auslegung der Unterlagen für das Planergänzungsverfahren für die Uckermarkleitung beweist der Übertragungsnetzbetreiber 50 Hertz, wie wenig Interesse er an der Meinung der Bürgerinnen und Bürger hat. Auch nach dem in Bezug auf den Vogelschutz deutlichen Richterspruch des Bundesverwaltungsgerichtes und des anhalten Protests aus der Region hält er verbissen an den über 10 Jahre alten Plänen für die Trasse fest. Anstatt die Probleme durch eine Erdverkabelung oder Neutrassierung zu umgehen, wird mit der weiterhin geplanten Freileitung durch das Biosphärenreservat Schorfheide-Chorin auf volle Konfrontation gesetzt.

Die »Uckermarkleitung« berührt im Bereich des Biosphärenreservates Schorfheide Chorin sensible europäische Vogelschutzgebiete. Daher gibt es seit über zehn Jahren die Forderung, die Freileitung zumindest hier durch eine Erdverkabelung zu ersetzen. Im Jahr 2016 klagte der NABU gemeinsam mit der Bürgerinitiative »Biosphäre unter Strom« in Teilen erfolgreich vor dem Leipziger Bundesverwaltungsgericht gegen die Planungen. Die Richter urteilten, daß der Vogelschutz nicht ausreichend berücksichtigt worden sei und verhängten einen Baustopp. Damit wurde die Genehmigung des für das Verfahren zuständigen Landesamts für Bergbau, Geologie und Rohstoffe in Cottbus (LGBR) zurückgenommen. Der Netzbetreiber 50 Hertz wurde beauftragt, die Mängel zu beheben. Durch ein Planergänzungsverfahren möchte 50 Hertz nun darlegen, daß die Belange des Vogelschutzes in den betroffenen europäischen Vogelschutzgebieten unerheblich sind. Fachleute bezweifeln, daß dies möglich sei.

Man hätte auch dringlich vermeiden müssen, die Unterlagen mitten in den Sommerferien auszulegen. So aber stößt man die Bürgerinnen und Bürger unnötig vor den Kopf. daß 50 Hertz anderthalb Jahre nach dem Richterspruch aus Leipzig nichts vorweisen kann, als die alte Planung schönzurechnen, ist peinlich. Damit wird das Unternehmen wohl erneut scheitern und das Verfahren weiter verschleppen. So ist absehbar, daß die Naturschutzverbände mit guten Erfolgsaussichten erneut klagen werden. Da das Landesamt für Bergbau mit Sachverhalten des Naturschutzes offenkundig überfordert ist, fordere ich die Landesregierung auf, die Zuständigkeit für Genehmigungsverfahren des Netzausbaus auf das Landesumweltamt zu verlagern.

AXEL VOGEL, Fraktionsvorsitzender von Bündnis 90/Die Grünen im Landtag Brandenburg

Soziales nicht deckeln

Sozialpolitische Vorschläge für den Barnim

Die Probleme sind hinlänglich bekannt: Unterricht fällt aus oder wird mit anderem ersetzt, Eltern finden schwer einen Kita- oder Tagesmutter-Platz, Ärzte sind überfüllt oder schlicht nicht da. Das muß und wird sich ändern.

Die Geburtenraten des Barnims steigen erfreulicherweise seit 2015 an. Der Zuzug in den Barnim legt immer weiter zu. Dies schafft neue Herausforderungen, welche dringend angegangen werden müssen.

Wenn der Landkreis Schulen übernehmen kann, kann er auch Kitas fördern und den Bedarf noch stärker beachten. So braucht es auch im Barnim Pendler-Kitas, die früher öffnen und später schließen. Kitas, die nicht nur beitragsfrei sind für alle, sondern in denen jedes Kind gesundes regionales Essen bekommt. Dasselbe gilt für Tagesmütter und -Väter, die unsere Kinder betreuen und ebenfalls ausreichend finanziert werden sollten. Kinderbetreuung darf nicht nach knallharten Kostenkennzahlen bewertet werden. Zugleich ist ein dauerhaftes Förderprogramm für Grundschulen, weiterführende Schulen und zur Anwerbung von Lehrern notwendig.

Zur Sicherung der ärztlichen Versorgung im ländlichen Barnim könnte die kreiseigene GLG neue Medizinische Versorgungszentren (MVZ) einrichten und dort mehr Sprechstunden anbieten. Zugleich braucht es eine Werbeoffensive für junge Ärzte. Ebenso sollte die GLG zum Vorreiter moderner Pflege werden.

SVEN WELLER

Beachhandball 2018

BEACHWARRIORS und BERLINER LUFTYS gewinnen Offene Brandenburgische Landesmeisterschaft

Bereits zum dritten Mal in Folge luden die Zonenboys Eberswalde e.V. zur BRANDENBURGISCHEN LANDESMEISTERSCHAFT im Beachhandball ein. Sechs Herren- und vier Damenteam folgten der Einladung des Eberswalder Beachhandballvereins, der das Turnier in Kooperation mit dem Handballverband Brandenburg (HVB) durchführte.

Die Damen kämpften in einer Gruppe im Modus jeder gegen jeden mit Hin- und Rückspiel um den Landesmeistertitel. Die Herrenmannschaften spielten zunächst in zwei Dreiergruppen als Vorrunde mit anschließender KO-Phase. Während bei den Herren die BeachWarriors aus Gommer (Sachsen Anhalt) bereits favorisiert starteten, boten die Damenteam eine vom ersten bis zum letzten Spiel spannende Konkurrenz, in welcher die Berliner Luftys am Ende mit nur einem Satz Vorsprung die Landesmeisterschaft erringen konnten. Die

Platzierungen:

Damen:

1. Berliner Luftys
2. Sandperlen
3. Beachbroilers
4. FSV 1912/ Die Schlumpfinen

Herren:

1. BeachWarriors
2. Not Fast, Just Furious
3. Ruppiner Ballerhasen
4. Zonenboys Eberswalde
5. Moabits Beste
6. Don Promillo

gestgebenden Zonenboys belegten nach zwei Penalty-Niederlagen im Halbfinale und im Spiel um Platz drei den vierten Platz.

Die Siegerehrung führte Wolfgang Hartisch, der Vizepräsidenten für Entwicklung und Breitensport im HVB durch. Hartisch lobte die Arbeit der Zonenboys sowie die sportlichen Leistungen der teilnehmenden Teams. Darüber hinaus kündigte der HVB-Vertreter auch für die kommenden Jahre die Unterstützung des Verbandes an. Für die Zukunft wünschte er sich neben der Landesmeisterschaft der Erwachsenen auch eine Jugendmeisterschaft.

Lob für die teilnehmenden Teams kam auch vom Geschäftsführer der Zonenboys Eberswalde e.V. Mirko Wolfgramm. Seinen Dank richtete er besonders an den HVB sowie die Stadt Eberswalde, die die Veranstaltung unterstützen und somit erst möglich machten.

PHILIPP MEICHßNER



Foto: Zonenboys Eberswalde e.V.

Quiz und Test – zwei Modeworte mit praktischer Bedeutung

Können Sie sich einen Fernsehsender vorstellen ohne Quiz-Sendungen? Es gibt ihn nicht! Kennen Sie einen Verbraucherverein, der nicht alles testen läßt, was man irgendwie testen kann? Ich nicht. Quizzen und testen – das ist also ganz modern.

Ich habe mal ein paar Nachbarn und Bekannte gefragt – für mich war das ein Test, für die Befragten ein Quiz – wieviel Geld sie für einen Kubikmeter Wasser bezahlen müssen. Die Antworten waren recht aufschlußreich. Selten konnte mir der Gefragte den Betrag konkret nennen. Die meisten wußten noch nicht einmal den Betrag, der für Wasser ganz bequem regelmäßig vom Konto abgebucht wird. Ich mußte erkennen, daß viele das Thema nicht wirklich interessiert, auch weil sie gar nicht in der Lage sind, ihre Ausgaben für Wasser zu berechnen und so zu kontrollieren. Oft verstehen sie nicht einmal die jährliche Gebührenabrechnung obwohl sie das Schulfach Mathematik nicht abgewählt hatten. Kommentar: wird schon stimmen! Unter diesem Aspekt habe ich die Reaktionen auf den Beitrag »Wasservergleich« (BBP 1/2018) verstanden und mich entschlossen, eine praktische Aufgabe aus dem Bereich des ZWA Eberswalde vorzurechnen.

Die Gebühr für das lebensnotwendige Naß setzt sich zusammen aus dem Wasserverbrauch (Mengengebühr) und den verbrauchsunabhängigen Fixkosten (Grundgebühr). Zu bezah-

len ist für die Entnahme von Trinkwasser und für die Einleitung von Abwasser in den »Kanal« bzw. die Entsorgung einer Sammelgrube durch den »rollenden Kanal«.

Zu diesen Kosten muß man korrekterweise noch die Kosten für die Hausanschlüsse an die Trinkwasserhauptleitung und an den Kanal addieren, jedenfalls dort, wo sie zu bezahlen waren. Abgesehen davon, daß man das Geld für die Herstellung der Anschlüsse ja »in einem Stück« parat haben mußte, darf man natürlich nur die anteiligen jährlichen Kosten je nach Nutzungsdauer (Abschreibungssatz) in die jährlichen Wasserkosten einrechnen. Gleiches gilt für die Installation auf dem eigenen Grundstück. Es ist einleuchtend, daß Kosten für Installationen nur Hauseigentümer interessieren, nicht jedoch Mieter. Mieter zahlen die Installation mit der Miete und die laufenden Gebühren mit den Betriebskosten. Der ZWA Eberswalde hat die Einmalbeiträge bereits vor längerer Zeit abschaffen müssen. Auch Grundstückseigentümer dürfen hier damit nicht mehr belastet werden. Das erleichtert uns jetzt die Rechnung.

Grundlage für die Berechnung der Gebühren ist die Gebührensatzung des Verbandes. Alle Zahlen, die man für die Berechnung braucht, finden sich in der Kundeninformation »Gebührenübersicht«, die der Jahresabrechnung beiliegt. Die Verbrauchsgebühr ist das Produkt aus Verbrauch und Mengengebühr.

Die verbrauchsunabhängige Grundgebühr richtet sich nach dem Nenndurchfluß (QN) des Wasserzählers. Wenn man nun noch weiß, welchen Nenndurchfluß die eigene »Wasseruhr« hat und daß die Gesamtgebühr die Summe aus den Gebühren für Trinkwasser und Abwasser ist, dann kann man anfangen zu rechnen.

Dabei gehen wir von verschiedenen Fällen aus: Je eine Drei-Personen-Familie im Einfamilienhaus und in einem Wohnhaus mit 50 Wohneinheiten (wie in den Eberswalder Plattenbausiedlungen üblich) sowie einen Ein-Personen-Haushalt im Einfamilienhaus. Schließlich rechnen wir auch noch mit der »Musterfamilie« aus der Vergleichsrechnung des Instituts der Deutschen Wirtschaft (IW).

JOHANNES MADEJA
(Fortsetzung folgt)

Was wir über Bären wissen

Bären sind niedliche Kuscheltiere. Nein! Bären sind große Raubtiere mit vier Buchstaben. Das weiß ich vom Kreuzworträtsel.

Die Teddybären für Kinder leben auf der ganzen Welt. Aber die lebendigen Bären gibt es nur auf der Nordhalbkugel der Erde. Sie leben in Amerika, Grönland, in ganz Europa und Russland, und in Asien. Es gibt Braunbären, Grizzlybären, Kragenbären, Eisbären und Pandabären. Und Teddybären. Alle Bären können brummen.

In der DDR gab es noch den Bummibär. Zum Vorlesen für kleine Kinder: »Kam ein kleiner Teddybär aus dem Spielzeuglande her. Und sein Fell ist wuschelweich, alle Kinder rufen gleich: Bummi, Bummi, Bummibummibrummbrummbrumm, Bummi, Bummi, bummibummibrumm.«

Die illustrierten Vorlesehefte kann man heute noch gebunden kaufen in einem Sammelband. Erst las ich meinem Sohn daraus vor und neun Jahre später meiner Tochter. Weil es mir zum Halse herausging, habe ich die Hefte weggeworfen. Heute tut es mir leid.

Die Bären im Wald essen Beeren, Blätter und Wurzeln, fangen Fische und verschmähen nicht tote Tiere des Waldes. Das Fleisch verteidigen sie gegen andere Raubtiere. Die Reste vergraben sie, um sie später weiterzufressen.

Jeder Bär hat sein Revier. Das verteidigt er gegen andere Bärenmänner. Und sie kämpfen darum. Um ihre Frauen kämpfen sie ebenfalls. Wenn sie eine Bärin gefunden haben, müssen sie sie einige Male bespringen, damit beim Bärenweibchen das Ei springt. Dann kann es ganz frisch befruchtet werden.

Wenn die Bärenjungen geboren sind, werden die Bärenväter eifersüchtig und wollen ihre Kinder totbeissen. Aber die Bärenmutter ist schlau und vertreibt den Alten. Der hat dann nichts mehr zu lachen. Und einsam zieht er weiter seine Runden im Revier.

Die Bären halten Winterschlaf. Dazu suchen sie sich eine Höhle. Die Bärenmutter zieht gemeinsam mit ihren Jungen in eine Höhle. Dann schlafen sie ein, weil es draußen so kalt

Die Stichwahl in Panketal

Vor der Panketaler Bürgermeisterwahl bekam ich immer einen großen Schreck, wenn im südlichen Barnim vor mir ein Plakat mit Maximilian Wonke auftauchte. An diversen verfügbaren Laternenmasten bekundete er mit weit aufgerissenen Augen und strahlenden Zähnen seine Kommunikationsbereitschaft. Nun hat der Strahlemann aus Zepernick am 24. Juni die Stichwahl gewonnen und machte sogleich am 29. Juni einen Antrittsbesuch beim großen Amtsbruder in Bernau. Ohne die Wahlplakate ist es nun zumindest optisch ruhiger im Land. Ob aber der gute Mann auch in seinen Amtszeiten eine Garantquote haben wird, wie die Art, Optimismus auszustrahlen, sich erst noch beweisen. Viel Glück! **THOMAS TOBLER**

ist. Das mache ich ebenso, wenn ich Lust dazu habe. Die Bären wachen manchmal auf, weil sie trinken müssen. Die Jungen trinken an der Mutterbrust ein wenig. Dann schlafen sie weiter. Wenn die Sonne höher steigt und die ersten Veilchen blühen, wachen die Bären wieder auf. Die Jungen sind nicht zu halten und kullern gleich den Berghang hinab. Sie leben zwei Jahre bei der Mutter. Danach können sie alleine zurechtkommen. Bei Menschen ist das anders.

Die größten Bären sind die Grizzlybären. Sie leben in Kanada und Alaska. Sie sind sozusagen blond. Graublond. Wenn sie sich bedroht fühlen und sich auf die Hinterbeine stellen, können sie fast drei Meter groß werden. Es ist für Menschen gefährlich, in ihren »Sicherheitsabstand« einzutreten. Dem Kampf mit einem Grizzlybär hat ein Mensch nichts entgegenzusetzen, außer seinem Schießgewehr oder einer demütigen Haltung. Von sich aus ist ein Bär nicht angriffslustig. Er will ja nur leben und fressen und sich fortpflanzen.

Die Pandabären in China fressen nur BAMBUS. In den Zoos bekommen sie auch Früchte. Die lassen sie liegen, wenn daneben Bambus liegt. Vielleicht liegt es daran, daß sie Probleme mit der Fortpflanzung haben. Sie sind auch schwer in Stimmung zu bringen. Entweder er hat keine Lust oder sie hat keine. Oder sie ist ein wenig bekloppt. Sozusagen schüchtern. Es gibt aber Bücher über das Sexualleben. Die sollten die Damen einmal lesen. Es war schon eine Sensation, als der Berliner Zoo Nachwuchs bei den Pandabären hatte. Bei Kindern sind die Pandabären sehr beliebt mit diesem knuddeligen Gesichtchen und den Knopfaugen mit Lidschatten.

Meine Freundin Uschi hat einen Bärennamen, denn Ursula bedeutet: Die Bärenhafte. Sie sieht auch so aus, ist gedrungen, kuschelig. Brummen kann sie nicht. Aber sie schimpft oft mit mir. Etwa so: Das macht man nicht! – Sie war ja Lehrerin!

Wir Ärzte wissen natürlich immer noch eine Kleinigkeit mehr, zum Beispiel über Bärentrauben und Bärentraubenblätterttee. Die Bärentraube ist in ganz Europa verbreitet, eine kriechende Pflanze, die rote, säuerliche und für den Menschen unangenehm schmeckende Früchte trägt. Die weißen Blüten sehen wie Trauben aus. Man pflückt die Blätter und verwendet sie nach dem Trocknen als Tee gegen Entzündungen der Harnwege. Der Bär kann sie gleich grün fressen. Deshalb hört man nichts über Harnwegserkrankungen bei Bären.

Heute denke ich an den Teddybären meines Sohnes. Er brummt noch wie am ersten Tag! Beide sind fünfundfünfzig Jahre alt.

Und wie lange leben die Bären der Nordhalbkugel der Erde? Ich glaube auch so lange, oder? Das muß ich noch nachschlagen. Niemand ist perfekt.

WALTRAUD VOIGT

Eberswalder Kulturbund e.V.: Spende fürs Hospiz



Foto: KARL-DIETRICH LAFFIN

Am 14. Juni fand in den Räumen des Eberswalder Kulturbundes e.V. in der Cottbuser Straße die Übergabe von etwa zwei Dutzend Socken, die von den Frauen der Handarbeitsgruppe des Kulturbundes für das Hospiz am Drachenkopf gestrickt worden sind, statt.

Marco Trenn bedankte sich sehr herzlich bei den Spenderinnen und lud sie zu einem gelegentlichen Besuch in das Hospiz am Drachenkopf ein.

KARL-DIETRICH LAFFIN,

Vorsitzender des Eberswalder Kulturbundes e.V.

Radweg Blumberg-Bernau

Mit großer Mehrheit wurde der Antrag von BVB/Freie Wähler zur Realisierung des Radweges entlang der L31 von Blumberg über Birkholzaue und Birkenhöhe nach Bernau in der jüngsten Sitzung der Stadtverordnetenversammlung angenommen.

Wie schon bei der Antragseinreichung erklärt, verzögert sich der Baubeginn nicht – wie von manchen behauptet – weil der Landesbetrieb für Straßenwesen dem Vorhaben keine Priorität beimißt, sondern weil die Stadtverwaltung die Fördervoraussetzungen nicht schafft. Hierzu gehört der Grundstückserwerb entlang der Landesstraße. Wie sich sodann herausstellte, verweigern einige Landwirte aufgrund des niedrigen Angebots von 80 Cent je Quadratmeter seit einem Jahr den Verkauf.

Angesichts des besonderen öffentlichen Interesses, beantragte unsere Fraktion, das Kaufpreisangebot zu erhöhen. Aufgrund der gefährlichen Wegführung muß diese durch viele Schulkinder benutzte Strecke endlich einen sicheren Radweg bekommen. Im Zuge der Ausschlußberatungen wurde der Antrag dahingehend angepaßt, daß das Kaufpreisangebot zunächst einer Überprüfung durch die Kommunalaufsicht unterzogen wird. Das haben wir uns als Antragseinreicher zu eigen gemacht. Bei einigen Gegenstimmen aus den Reihen von SPD und Linken wurde die Vorlage mit breiter Zustimmung angenommen.

PÉTER VIDA

Zwangsstörungen

»Du bist ja zwanghaft.« Diese Redewendung beschreibt in humorvoller Art und Weise, einen Menschen, der etwas zu genau, etwas zu pedantisch ist. Vielleicht kennen Sie auch Menschen, denen Sie einen »Putzfimmel« attestieren, weil es dort jederzeit blitzt und blinkt. Ist das noch eine normale Handlung oder schon eine krankhafte Störung? Wo genau liegt hier die Grenze?

Der Übergang von normalem zu zwanghaftem Verhalten verläuft oft fließend. So sammeln viele Menschen Dinge, wie z.B. Briefmarken. Aber wann hört das entspannende Vergnügen auf und wo fängt der Sammelzwang an? Eine Zwangsstörung ist dann gegeben, wenn es sich um kraft- und zeitraubende Verhaltensmuster handelt, die den Alltag des Betroffenen stark beeinflusst.

Bei einer Zwangsstörung unterscheidet man zwischen Zwangsgedanken und den Zwangshandlungen. Männer und Frauen sind hierbei gleich betroffen, wobei Frauen eher unter Waschwängen leiden und Männer eher unter Kontrollzwängen. Bei Kontrollzwängen muß z.B. immer wieder überprüft werden, ob die Haustür auch wirklich abgeschlossen ist. Die Störung beginnt meist im frühen Erwachsenenalter, oft nach einem belastenden Ereignis, wie z.B. einem familiären Konflikt. Viele der Betroffenen zeigten bereits im Kindesalter ein zwanghaftes Verhalten.

Zwangsgedanken sind Gedanken, die sich dem Betroffenen immer wieder gegen seinen Willen aufrängen. Das können bestimmte Sätze sein oder auch Vorstellungen oder Impulse etwas Bestimmtes tun zu müssen. Zwangsgedanken werden als stark beängstigend und unannehmbar erlebt, ein Unterdrücken dieser Zwangsgedanken ist meist nicht möglich. Oft haben diese Gedanken gewalttätige Inhalte.

Zwangshandlungen sind sichtbare Verhaltensweisen, wie z.B. das mehrmalige Überprüfen, ob die Haustür verschlossen ist. Oftmals müssen diese Zwangshandlungen in derselben Art und Weise ablaufen, man spricht dann von einem Zwangsritual. Zwangshandlungen werden zwar bewußt ausgeführt, sind aber nicht gewollt.

Häufig versuchen Erkrankte, durch diese Zwangshandlungen befürchtete Gefahren zu verhindern. Oftmals werden die Zwangshandlungen von den Betroffenen selbst als unsinnig erlebt. Zwangshandlungen haben nur kurzfristig eine entlastende und beruhigende Wirkung auf den Betroffenen. Allerdings wird die beruhigende Wirkung immer geringer, je öfter eine Zwangshandlung ausgeführt werden muß. Somit werden die Handlungen immer häufiger und der Betroffene kann sich gegen die drängenden Impulse, die Handlung auszuführen, immer weniger wehren, da sonst die Ängste und Befürchtungen immer übermächtiger werden würden.

FALK HINNEBERG

»Von wegen überparteilich«

Barnims Rot-Rot-Grün enttäuscht Hoffnungen von BVB/Freie Wähler

Noch vor wenigen Wochen beteuerte SPD-Landratskandidat Daniel Kurth, daß er sein Amt überparteilich und neutral ausüben wolle. Schon damals bestanden Zweifel. Diese begründen sich nun schneller als gedacht.

Der rot-rot-grüne Koalitionsvertrag zeigt, daß mit einer sachlichen, überparteilichen und ausschließlich an den Interessen des Landkreises Barnim orientierten Politik nicht zu rechnen ist. Ganz unverblümt räumen die Grünen ein, daß sie ihre Stimmen »nicht umsonst gegeben haben«. (Seite 4)

Was dies bedeutet, werden wir in naher Zukunft sehen können. Die von den Grünen geforderte Umstrukturierung der Kreisverwaltung deutet auf den von vielen befürchteten Postenschacher hin, gegen den BVB/Freie Wähler mit allen rechtstaatlichen Mitteln aufstehen wird.

Auch inhaltlich scheint der Koalitionsvertrag nicht allzu glaubwürdig zu sein. So fordern SPD und Linke in weiten Teilen infrastrukturelle, den ländlichen Raum des Barnim fördernde Maßnahmen, die sie in den letzten 4 Jahren, als sie bereits eine Koalition bildeten, locker hätten umsetzen können. Dahingehende Anträge von BVB/Freie Wähler (Senkung Kreisumlage, Verteilung der Rücklage an ländliche Kommunen) wurden unisono abgelehnt.

Ebenso hat die SPD versucht, eine Stärkung des ÖPNV jüngst zu verhindern, indem sie gegen die Überweisung eines von BVB/Freie Wähler gestellten Antrages auf Einrichtung gemeindlicher Buslinien in den Ausschuß stimmte.

Die Forderung der Grünen nach Stärkung der Unteren Naturschutzbehörde (UNB) ist an Zynismus nicht zu überbieten. Gerade in der Regionalen Planungsgemeinschaft, im Land und andernorts tun die Grünen alles dafür, um Umweltverträglichkeitsprüfungen bei Windkraftanlagen ebenso wie Schallmessungen zugunsten von Anwohnern zu verhindern und somit das Landesamt für Umwelt und die UNB in ihrer Wirkung zu schwächen.

Wir sind enttäuscht, daß trotz der Zusage, überparteilich zu arbeiten, nicht einmal das Gespräch mit allen Fraktionen gesucht wurde, bevor eine einseitige Koalitionsvereinbarung zwischen SPD, Linken und Grünen unterschrieben wurde. Sollte dieser Koalitionsvertrag die Grundlage für die Schaffung und Zuteilung von Dezernentenposten werden, wird BVB/Freie Wähler mit den zur Verfügung stehenden rechtstaatlichen Mitteln dagegen eintreten. Unser dahingehender Protest wird bunt, vielfältig und demokratisch sein.

THOMAS STRESE und PÉTER VIDA

Städtische Holding in der Kritik

Oranienburg (bbp). Die Stadt Oranienburg im Nachbarlandkreis Oberhavel will ihre Tochtergesellschaften künftig in einer Holding zusammenfassen. Die Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft ver.di kritisiert dieses Vorhaben. Sie befürchtet erhebliche Nachteile für die Beschäftigten. Für über 85 Prozent der betroffenen Beschäftigten bedeute die geplante Anwendung des Tarifvertrages Öffentlicher Dienst (TVöD) eine deutliche Verschlechterung ihrer Arbeitsverhältnisse bis hin zu 20 Prozent Gehaltseinbußen. Die Gewerkschaft plädiert für eine Verschiebung der Entscheidung sowie klare positive Aussagen gegenüber den Beschäftigten.

Laut Bürgermeister Alexander Laesicke sei das Ziel, die städtischen Gesellschaften krisen- und zukunftssicherer zu machen und sie für zukünftige Aufgaben der wachsenden Stadt Oranienburg zu wappnen.

Laut Bürgermeister Alexander Laesicke sei das Ziel, die städtischen Gesellschaften krisen- und zukunftssicherer zu machen und sie für zukünftige Aufgaben der wachsenden Stadt Oranienburg zu wappnen.

Wärmeversorgung in den Kommunen

Kreiswerke Barnim und e.distherm gründen gemeinsame Gesellschaft

Die Kreistagsabgeordneten haben es in der März-Sitzung beschlossen und Anfang Juni wurde sie rechtskräftig gegründet: die ERWÄRM-BAR GmbH (EWB). Es ist die erste Projektgesellschaft der Kreiswerke, die sich künftig der Wärmewende im Landkreis Barnim widmen wird. »Im Bereich der erneuerbaren Energien spielte in den vergangenen Jahren vor allen Dingen die Erzeugung von Strom eine große Rolle. Effiziente Wärmeerzeugung hingegen blieb – auch in unserem Landkreis – bisher hinter den Erwartungen bzw. Plänen zurück. Das wollen wir ändern und künftig gemeinsam mit regionalen Akteuren am Ziel einer klimaneutralen Wärmeversorgung arbeiten«, gibt Christian Mehnert, kaufmännischer Geschäftsführer der EWB Einblick in die Vision

Die EWB ist eine 50%ige Tochter der Barnimer Energiebeteiligungsgesellschaft mbH (BEBG) und der e.distherm Wärmedienstleistungen GmbH (e.distherm). Beide Gesellschaften setzen auf die Nutzung klimaschonender Brennstoffe wie Erdgas, Biogas und Biomethan. Mit Anlagen zur Kraftwärmekopplung, dezentraler Energieversorgung und Fernwärmeversorgung stellt sich die EWB als Dienstleister im Bereich Wärme den Kommunen vor.

»Wir wollen uns auf die Unterstützung der Gemeinden mit ihren kommunalen Liegenschaften konzentrieren und schauen, wo wir wärmetechnisch optimieren können«, sagt Martin Kleindl, technischer Geschäftsführer der EWB.

INA BASSIN, Kreiswerke Barnim GmbH

»Heckenschnitt« im Biosphärenreservat **InsektenSnacks in Bio**

Anfang Juni sind mir zwischen den Lichterfelde und Blütenberg, entlang des Radweges, der von einer dichten Hecke gesäumt ist, »Heckenschnittmaßnahmen« aufgefallen, die mich aufgrund der aktuellen Jahreszeit (Vegetationsperiode/Brutzeitraum) und dem damit bestehenden Fäll- und Schnittverbot für jegliche Gehölze sehr irritierten.

Die zum Radweg hinweisende Heckenseite wurde regelrecht wegrasiert, so daß damit zu diesem Zeitpunkt herrlich blühende Heckenrosen und Holunderblüten, die dem ganzen ihr frühlingshaftes Aussehen verliehen, schonungslos beseitigt wurden. Der Einsatz des Schneidegerätes führte zudem dazu, daß größte Gehölze, wie Weißdorne, z.T. massiv am Stamm verletzt wurden.

Bereits im März 2012 gab es diese Hecke betreffend Auseinandersetzungen zwischen dem Bauamt der Gemeinde Schorfheide unter der damaligen Leitung von Frau Brandt, der Verwaltung des Biosphärenreservates und dem Ministerium für Umwelt. Damals wurde deutlich, daß das Biosphärenreservat nicht informiert war, was den Zeitpunkt dieser Heckenschnittmaßnahme betraf. Es stellte sich heraus, die Maßnahme war illegal und hätte einer vor-



Foto: Yvonne Conrad

herigen Absprache mit der Biosphäre bedurft. Nun also gibt es ähnliche »Heckenschnitte« wie damals. Gab es diesmal Informationen und Absprachen mit der »Biosphäre« oder agierte hier das Bauamt der Gemeinde Schorfheide zum wiederholten Male eigenmächtig im Namen der »Verkehrssicherung«?

Offen bleibt für mich nach wie vor, ob es keinen Lerneffekt aus dem Procedere des Jahres 2012 seitens des Bauamtes gibt und wie dann letztlich auch Konsequenzen für ein solches Handeln aussehen?

YVONNE CONRAD

Fördertopf für neue Buslinien

Bis zum Jahresende soll eine Richtlinie erstellt werden, mittels der alle Gemeinden eine dreijährige Förderung einer für sie wichtigen Buslinie erhalten können. Dies beinhaltet eine Beschlußvorlage, welche die Fraktion BVB/Freie Wähler in den Kreistag Barnim eingereicht hat.

Auch die Neuschaffung zusätzlicher Linien wäre hiernach förderfähig. Besonders im ländlichen Raum sollte der ÖPNV keine Frage der reinen Wirtschaftlichkeit sein, sondern Teil der Daseinsvorsorge. Daher muß auch die kommunale Politik Sorge dafür tragen, daß ein flächendeckender, altersgerechter und barrierefreier ÖPNV mit guten Anschlüssen die Lebensqualität im ländlichen Raum sichert und dieser auch in den Morgen- und Abendstunden sowie am Wochenende funktioniert. Nur so läßt sich eine Abwanderung junger Menschen in die Städte vermeiden und ein aktives und attraktives Leben auf dem Barnimer Land gewährleisten.

Ziel sollte es sein, Bahnhöfe, Krankenhäuser und ambulante medizinische Einrichtungen

oder kulturelle sowie Bildungseinrichtungen und soziale Zentren zeitnah und ganztags erreichbar zu machen. Auch der ganz normale Ort zu Ort Verkehr, insbesondere auch der nahtlose Umsteigeverkehr, der Pendlerverkehr in den frühen Morgen- und Abendstunden sowie der Ausflugsverkehr am Wochenende sind zu stärken und durchweg zu ermöglichen.

ÖPNV im Barnim soll für alle Menschen einfach, praktisch und hochwertig und besonders nützlich sein.

Dabei sollen im Sinne der lokalen Mitbestimmung die Städte und Gemeinden ihre Linien benennen können, für die der Kreis als Eigentümer der Barnimer Busgesellschaft die Förderung gewährt.

THOMAS STRESE und SVEN WELLER

Kreiswerke übernehmen Straßenbeleuchtung

Biesenthal (kwb/bbp). Im Februar hatten die Gemeindevertreter von Breydin beschlossen, die Verantwortung für die Wartung, Instandhaltung und Modernisierung der Straßenbeleuchtung in Breydin an die Barnimer Energiebeteiligungsgesellschaft mbH, einer der Kreiswerke-Töchter, zu übertragen. am 5. Juni wurde der Betriebsführungsvertrag unterzeichnet. Nach Auskunft von Amtsdirektor André Nedlin erfolge so die Umrüstung auf moderne LED-Leuchten »haushaltsschonend für die Ge-

meinde«. Nach Ablauf der zehnjährigen Vertragslaufzeit kommen die Einsparungen durch die effizientere Technik dem Gemeindehaushalt zugute. Die Umrüstung der 200 Leuchten in der Gemeinde auf die effiziente LED-Technik beginnt im Herbst und soll im Frühjahr 2019 abgeschlossen werden. Die Straßenbeleuchtung ist in vielen Gemeinden ein großer Haushaltsposten. Zugleich sind hohe Investitionen notwendig, um Einsparungen erzielen zu können.

Seit dieser Woche sind die ersten Insekten-snacks in Bioqualität der Firma BEARPROTEIN in den Läden. Die kleine Firma sitzt in Eberswalde. Die zuständigen Behörde zur Überwachung von Lebensmitteln des Landkreis Barnim hat die erforderliche Einfuhrgenehmigung erteilt. Mit den InsektenSnacks in Bioqualität INSTINCT sind erstmals in Europa biozertifizierte Snacks mit merklichem Anteil an Insekten in den Läden zu erwerben.

Mehrere Mitglieder des Vereins BARNIMER BÜRGERPOST E.V. haben sich an der Gruppenfinanzierung dieses Projektes beteiligt. Ihre Hilfe hat in einem maßgeblichen Moment moralisch und finanziell sehr dazu beigetragen, die schwierige Phase von der Produktion der Snacks in Kanada über den Seetransport und die Einfuhrgenehmigung zu überwinden. Hiermit möchte ich den Unterstützerinnen und Unterstützern auch im Namen der Firma Bearprotein herzlich danken.

Die neuartigen Snacks enthalten Grillen aus Kanada. Diese Grillen werden dort in Bioqualität gezüchtet. Das Insekten-Eiweiß ergänzt die pflanzlichen Proteine im Snack hervorragend. Ballaststoffe sind für die Sättigung und die regulierende Wirkung auf den Stoffwechsel verantwortlich. Die Ballaststoffe aus den Insekten fehlen in unserer gewöhnlichen Nahrung. Weitere Informationen zu diesem neuartigen Lebensmittel finden Sie auf der Internetseite der Firma bearprotein.de und yourinstinct.de.

Dr. MANFRED PFAFF

Bündnis 90/Die Grünen:

23. Barnimer Umweltpreis

Zum 23. Mal schreiben Bündnis 90/Die Grünen den Barnimer Umweltpreis aus. Der Umweltpreis 2018 ist wie in den Vorjahren mit einem Preisgeld in Höhe von 750 Euro dotiert. Den Preis stiften Andreas Fennert, Mitglied im Aufsichtsrat der Eberswalder Wohnungsbau-Gesellschaft (WHG), und der Kreisverband Barnim von Bündnis 90/Die Grünen.

Ausgezeichnet wird besonderes ehrenamtliches Engagement, Eigeninitiative und Kreativität beim Schutz von Natur, Umwelt und Klima sowie in der Umweltbildung. Bewerber können sich Einzelpersonen, Gruppen und Vereine aus dem Landkreis Barnim. Projekte mit Kindern und Jugendlichen sind besonders willkommen. Die Projekte oder Initiativen sollen im Landkreis Barnim angesiedelt sein und möglichst anschaulich dargestellt werden. Über die Preisvergabe entscheidet eine Jury aus Vertretern regionaler Umweltverbände, der Naturschutzverwaltung und von Bündnis 90/Die Grünen.

Im Jahr 2017 gingen die Auszeichnungen an die Vereine Wukaninchen e.V. aus Biesenthal und Hebewerk e.V. aus Eberswalde sowie an den Schönower-Heide-Verein.

THORSTEN KLEINTEICH

Die soziale Umwelt ergibt sich aus den Beziehungen der Bewohner eines Wohngebiets untereinander, den Nachbarschaftsbeziehungen, die an das Wohnumfeld geknüpft sind. Jeder wohnt in einer Wohnung und einem Wohngebäude, einschließlich des dazugehörigen Hofes, und in einer Straße, einem Orts- oder Stadtteil. Das Zugehörigkeitsbewußtsein eines Bewohners an seine Wohnumgebung ist abhängig von der natürlichen, der baulichen und sozialen Umwelt.

Die nach 1990 erfolgten Rekonstruktionen der Mietwohnungen in den »Plattenbau«-Quartieren erhöhten deren Gebrauchswert. Das nähere Wohnumfeld hingegen fand bei diesen Rekonstruktionen kaum Berücksichtigung. Die bis dahin übliche Ausstattung der Wohnhöfe wurde oft nicht mehr wie vorgesehen benutzt. Wäscheplätze waren überdimensioniert, Spielplätze nicht selten verweist. Den meisten Anwohnern blieb hingegen der nicht ihren Bedürfnissen angepaßte Zustand der Höfe unbewußt.

Der historische Weg zum Menschen nach der Trennung von der Entwicklung zum Schimpanse erfolgte vor ca. 5 bis 6 Millionen Jahren. Zeit genug für die Evolution, um Verhalten und Bedürfnisse zu prägen. Der Lebensraum der frühen Menschen waren Savannen mit höchstens 40 Prozent Bedeckung durch Baumkronen, später Urwälder in Europa und Asien. Die Entwicklung zum heutigen Menschen erfolgte in einer natürlichen Umwelt. Erst vor rund 12.000 Jahren setzte mit der Neolithischen Revolution die Entwicklung zur modernen Urbanität ein (Vertreibung aus dem Paradies; Kain und Abel).

Orts- und Stadterweiterungen waren früher das Ergebnis eines bedürfnisgerechten organischen Wachstumsprozesses über einen langen historischen Zeitraum. Heute erfolgt Stadterweiterung meist durch geschlossene gleichzeitige Bebauung großer Areale nach einem vorliegenden Konzept. Die natürliche, bauliche und soziale Umwelt war für die seßhaft gewordenen Menschen seit jeher wichtig. Eine Lichtung im Wald konnte Ort von Volks-, Gerichts- und Heeresversammlung sein. Im Mittelalter waren der Dorfbrunnen, der Marktplatz und die Kirchplätze Orte der Begegnung und des Informationsaustausches. Erst im letzten Augenblick seiner Entwicklung, seit ca. 200 Jahren, »gewöhnte« sich der Mensch an ein Leben in Steinwüsten. Wer es sich finanziell leisten konnte, siedelte und siedelt außerhalb der Metropolen (warum wohl?) und bewirkt damit für die Gebliebenen zusätzliche Umweltprobleme. Auch dieser Sachverhalt ist leider vielen Menschen nicht bewußt.

Für die Gesundheit des Menschen ist die nähere Umgebung der Wohnung wichtig!

Der Aufenthalt in der Natur hat positive Wirkungen auf die körperliche und seelische Gesundheit. Eine naturnahe Umwelt wirkt streßmindernd. Wissenschaftler haben die physiologische Wirkung des Aufenthaltes im Wald untersucht. Es zeigte sich, daß der Aufenthalt

Das Wohnumfeld ist Heimat

von Klaus Meißner

Wohnökologie ist die Wissenschaft von den Wechselbeziehungen zwischen Menschen und ihrer gebauten Umwelt. Wohnung, Wohngebäude und Wohnumgebung wirken sich auf Gesundheit, Erleben und Verhalten der Bewohner aus; ebenso können Bewohner durch individuelle Gestaltung und Nutzung, durch Beteiligung beim Planen, Bauen und Verwalten die gebaute Umwelt beeinflussen.¹



Foto: GERT MARKMANN

Eltern der Kita »Arche Noah« im Brandenburgischen Viertel in Eberswalde pflanzen im Frühjahr 2014 Bäume und Sträucher, um einen nicht mehr benötigten Parkplatz aufzuwerten. Die naturnahe Gestaltung der Grünfläche sollte ein Beispiel im Wohngebiet sein.

dort die Konzentration des Stresshormons Cortisol im Blut, den Puls und den Blutdruck vermindert. Zugleich fühlten sich die Menschen im Wald ausgeglichener und wohler. Ein Spaziergang in der Natur reduziert das Grübeln, das depressive Menschen quält. Auch die Kreativität nimmt beim Aufenthalt in der Natur zu. Es geht dabei ganz konkret um Pflanzen (Rasen, Büsche, Bäume) und Wasser. Wissenschaft, insbesondere die Medizin hat bestätigt, was viele Menschen spüren: *Natur tut uns gut.*

Das habe auch ich häufig gespürt. Unbewußt ist das Bedürfnis nach natürlicher Umgebung erhalten geblieben (Pflanzen in der Wohnung und auf dem Balkon). Im Hinblick auf das Thema ist jedoch von größter Bedeutung, daß

sich das Naturerlebnis auch günstig auf den sozialen Zusammenhalt einer Gemeinschaft auswirkt. Menschen, die sich in der Natur aufhalten, können nicht nur klarer und kreativer denken, sie sind nicht nur besser gestimmt und langfristig gesünder, sie verhalten sich auch in moralischer Hinsicht menschlicher. In der Natur sind ihnen Werte wie Gemeinschaft und Verbundenheit wichtiger als materielle Werte.

Dies hat zur Folge, daß es durch das Naturerlebnis nachweislich zu einer Verminderung von Aggressivität, Gewalt und Kriminalität kommt.

(Fortsetzung folgt)

¹ – Wohnen – Facetten des Alltags. Fachausschuß Haushalt und Wohnen der Deutschen Gesellschaft für Hauswirtschaft e.V. (Hrsg.), Schneider-Verl. Hohengehren, Baltmannsweiler 2010, ISBN 3-631-43457-X

Deutsch-Koreanische Freundschaft

In der vorigen Ausgabe der »Barnimer Bürgerpost« berichtete ich über unseren Besuch in der Botschaft der Koreanischen Volksdemokratischen Republik (KVDR) in Berlin. Ich erhielt danach viele Fragen zum Verlauf, den Gesprächsinhalten und weiteren Gemeinsamkeiten. Ich konnte Neugierde wecken, erfuhr aber auch Unverständnis und Böswilligkeiten. Man erklärte mir eindeutig, derartige Unternehmungen seien nicht erwünscht und ich könne keine Unterstützung erwarten.

Ich meine, daß die Leistungen der Menschen in der KVDR zur Sicherung ihrer Wirtschaft, ihrer Einflußnahme auf die Weltpolitik und die politische Bereitschaft, sich für ein Ende der Teilung Koreas einzusetzen, Anerkennung verdienen. Seit den Olympischen Spielen 2017 in Südkorea, den Gesprächen mit Vertretern Südkoreas und schließlich der US-Administration bis hin zum Gipfeltreffen in Singapur, hat sich einiges bewegt. Das alles wird dem Frieden in diesem Raum und letztlich

der Einheit der Halbinsel dienen. Diese Themen bestimmten auch unser Gespräch mit den Freunden Nordkoreas am 4. Juli in Berlin.

Wir waren und sind uns klar, daß diese Entwicklungen ihre Zeit benötigen. Beflügelt von den Ergebnissen des Gipfels in Singapur haben wir uns entschlossen, in Bälde in Eberswalde eine Deutsch-Koreanische Freundschaftsgesellschaft zu gründen. Schnell waren Ziele, Inhalte, Zwecke, Arbeitsinhalte und vieles mehr zusammengetragen. Wichtig erschien uns, künftig alle Interessierten einzuladen. Wir sehen die Verbreitung von Kenntnissen über das Land und die Menschen als eine vorrangige Aufgabe an und werden uns allen Blockierern entgegenstellen.

Am 27. Juli wird in der Botschaft der KVDR an den Waffenstillstand mit den US-Amerikanern erinnert, mit dem vor 65 Jahren die offenen Kampfhandlungen in Korea endete. Bis heute gibt es keinen Friedensvertrag.

KARL DIEDRICH

Neue Politik mit dem Glitzerkollektiv

Eberswalde (bb0). Mit einer bislang ungewohnten Form der Bürgerbeteiligung warteten in diesem Frühjahr die Mitglieder der politischen Partei auf Bundesebene agierenden »Glitzerkollektiv.de« in Eberswalde auf. Die »erste Bundespartei mit ständiger Online-Mitgliederversammlung« hat in der Eberswalder Kirchstraße ihren Sitz und wandte sich im Mai 2018 mit mehreren »korporativen Eingaben« an die Stadtverordnetenversammlung. Die Stadtverordneten zeigten sich mehrheitlich verwirrt und beauftragten zunächst den Bürgermeister, bei der Oberen Kommunalaufsicht im Brandenburgischen Innenministerium nachzufragen, inwieweit die Stadtverordnetenversammlung für diese an sie gerichteten Eingaben zuständig ist. Die Nachfrage ergab, sie ist zuständig.

Die drei Eingaben wurden zunächst per einstimmigen Beschluß zur Entscheidung in die Juni-Sitzung der Stadtverordneten verwiesen. Bis dahin hatte das Glitzerkollektiv eine vierte Petition eingereicht, so daß am 28. Juni folgende Themen auf der Tagesordnung standen: Inbetriebnahme eines OParl-Endpunktes für das Sitzungs-Informationssystem der Stadt, Umbenennung eines Teils der Kirchstraße in Steinstraße, die Bergung und zeitgeschichtliche Erschließung von Grabmalen im Revier Eberswalde des Brandenburgischen Landesforsts sowie die Veröffentlichung der Steuererklärungen der öffentlichen Unternehmen der Stadt sowie von Haushaltsplan

und Rechnungsabschluß der Stadt als XBRL-Datensätze. Die Eingaben zum OParl-Endpunkt und zu den XBRL-Datensätzen (Dateiformat Extensible Business Reporting Language) haben eine bessere und einfachere Bürgerinformation zum Ziel. Bei der Straßenumbenennung geht es darum, Irritationen zu beseitigen, die für Ortsfremde, aber auch für Postdienste aufgrund der geteilten Straßenumführung der Kirchstraße auftreten. Während der größere Teil der Kirchstraße südlich des Kreishauses verläuft, finden sich einige Adressaten in dem Abschnitt zwischen Friedrich-Ebert-Straße und Steinstraße nördlich des Kreishauses, die nicht selten den erwähnten Irritationen zum Opfer fallen. Mit ihrer vierten Eingabe will das Glitzerkollektiv die Stadt animieren, die Bergung von Grabsteinen zu unterstützen, die von jüdischen Friedhöfen der Region stammen und während der Zeit des Faschismus zum Bau eines Damms in einem Feuchtgebiet im Wald nördlich der einstigen Landesklinik verwendet wurden.

Bei der letzten Eingabe reagierten die Stadtverordneten erleichtert. Für den Landesforst ist das Land zuständig. Die Straßenumbenennung wurde abgelehnt. Das Thema sei in der Vergangenheit bereits im Bauaustausch diskutiert und abgelehnt worden. Die anderen Vorstöße wurden zur Kenntnis genommen. Jede Fraktion könne die Themen aufgreifen und zum Gegenstand eigener Anfragen oder Beschlußvorlagen machen.

Mit LINKS zum Polizeistaat?

Potsdam (bbp). Der SPD-Innenminister Karl-Heinz Schröter plant ein neues Polizeigesetz für Brandenburg. Am 11. Juli informierte er den Landtag, daß ein entsprechender Gesetzentwurf den Ministerien vorliege, der im September im Kabinett beraten werden soll.

Künftig soll auch in Brandenburg nach bayerischem Vorbild gegen sogenannte »Gefährder« vorgegangen werden. Demnach genügt künftig der pure Verdacht, um Menschen den Aufenthalt an bestimmten Orten und den Kontakt zu bestimmten Personen zu untersagen. Zur Überwachung soll es möglich sein, den Verdächtigen elektronische Fußfesseln anzulegen. Wer Kontakt- oder Aufenthaltsverbote verletzt, kann nach den Plänen von Schröter ohne weiteres Gerichtsurteil bis zu vier Wochen in Schutzhaft genommen werden – die freilich nicht so bezeichnet wird. Das alles soll der »Terrorabwehr« dienen.

Nicht einmal »Terrorverdacht« bedarf es nach dem Schröter-Plan für verdeckte Überwachung der Telekommunikation und Messengerdienste, um »erhebliche Straftaten zu verhindern«. Wenn die Polizei erwartet, daß eine Person Landfriedensbruch begehen wird

oder gegen das Versammlungsgesetz verstößt, soll sie künftig bis zu einem Monat Meldeauflagen verhängen können. Schleierfahndungen und Personenkontrollen an Durchgangstraßen sollen künftig sogar ohne konkreten Verdacht möglich sein.

Die in Brandenburg mitregierende Linkspartei hält sich laut Presseberichten »eher bedeckt« (junge welt, 12.07.18). Immerhin erklärte die Landesvorsitzende Anja Mayer, daß eine Mitzeichnung des Gesetzentwurfs durch DIE LINKE »nur schwer vorstellbar« sei, »schon gar nicht ein Jahr vor der nächsten Landtagswahl«. Das läßt erstmal offen, wie die brandenburgische LINKE den offenen Übergang zum Polizeistaat nach der Wahl sehen wird.

Die Verschärfung der Polizeigesetze steht derzeit in mehreren Bundesländern auf dem Programm, darunter auch im rot-rot-grün-regierten Berlin. In etlichen ist sie bereits umgesetzt. Überall gab und gibt es Proteste. Zuletzt gingen in Düsseldorf fast 20.000 Menschen gegen die entsprechenden Pläne der nordrhein-westfälischen Landesregierung (CDU/FDP) auf die Straße.

Ein Marketingproblem

Viele von uns kennen die beliebte Spielfilmserie über die Olsenbande, deren 50. Jubiläum in den vergangenen Wochen begangen wurde. Der rbb sendete am 12. Juli den 6. Film dieser Serie mit dem Titel, »Der (voraussichtlich) letzte Streich der Olsenbande« als dänische Kriminalkomödie. Bekanntermaßen wurden diese Filme auch im Westen gezeigt, und dort fehlte der Erfolg. Das ist leicht erklärbar, wenn man zwei Dialoge aus dem 6. Film herausgreift: Kommissar Jensen zu seinem Assistenten Holm: »Wenn es um die ganz großen Verbrecher geht, gibt es für die Polizei nur eins – Ihnen Schutz zu gewähren.« Oder an anderer Stelle wieder Kommissar Jensen zu Assistent Holm: »Sie sind hier nicht angestellt um Ihren Verstand zu gebrauchen, sondern um die Vorschriften einzuhalten.«

Hätte man das im Westen nicht als Kriminalkomödie sondern als Gesellschaftsdrama oder gar als Dokumentarfilm verkauft, dann wäre der Film vielleicht kein Flop gewesen.

Dr. ULRICH POFAHL

Schrotträder blockieren

Eberswalde (bbp). Die Fahrradstellplätze am Bahnhof reichen für die steigende Zahl an Pendlern, die mit dem Rad zum Bahnhof fahren, schon seit längerem nicht mehr aus. Umso ärgerlicher ist es, wenn die Stellplätze zum »Fahrradfriedhof« verkommen.

Durch den Außendienst des Ordnungsamtes werden die Stellplätze regelmäßig im Hinblick auf Schrottfahrräder kontrolliert, informierte das Ordnungsamt aufgrund eines entsprechenden Maerker-Hinweises*. »Gerade in der vergangenen Woche«, teilte das Ordnungsamt mit, »wurden 10 Fahrräder sichergestellt, die nach Ablauf einer Frist von 4 Wochen von ihren Haltern nicht entfernt wurden.« Eine andere Möglichkeit hat das Ordnungsamt nicht. Die »Halter von Fahrrädern« könnten »nicht genauso für Ordnungswidrigkeiten abgestraft werden, wie die Halter von Kfz, da diese nicht polizeilich registriert sind«.

Der Stadtverwaltung sei bekannt, daß die Anzahl der Abstellmöglichkeiten für Fahrräder erhöht werden müsse. Im Frühjahr waren auch mehrere Fraktionen in der Stadtverordnetenversammlung zu diesem Thema aktiv geworden. Eine in Auftrag gegebene Machbarkeitsstudie, in der mögliche Standorte für Abstellanlagen untersucht wurden, liegt inzwischen vor. Aktuell führt das Baudezernat Gespräche mit den verschiedenen Fahrradinitiativen in der Stadt (BBP 6/2018). Es ist dann geplant, für die Umsetzung Fördermittel zu beantragen, um die Zahl der Fahrradstellplätze in den nächsten Jahren zu erhöhen.

* Maerker ist ein Internetangebot des Ministeriums des Innern und für Kommunen des Landes Brandenburg in Zusammenarbeit mit den teilnehmenden Kommunen. Bürger können hier unkompliziert auf Infrastrukturprobleme in ihrer Gemeinde hinweisen.

Mein Stiefvater* kam drei Jahre nach Kriegsende aus der Gefangenschaft nach Hause. Mit 50 Reichsmark in der Tasche war er entlassen worden. Er meinte, daß er damit schon etwas anfangen kann. Er wurde aber nur ausgelacht, denn mit 50 Reichsmark hätte er damals höchstens eine amerikanische Zigarette bekommen können.

Das Lebensmittelgeschäft in unserem kleinen Dorf bei Köln stand offen. Es war geplündert. Nicht mal mehr Salz war zu finden. Mein Mann hatte in der Stadt Köln beim Bau einer Blindenwerkstatt gearbeitet. Als Lohn brachte er einen Koffer voll Schrubber, Besen und Handfeger mit, denn Geld war wertlos.

Aber dann kam der große Tag des Geldumtauschens, Reichsmark in Deutsche Mark. Es war der 20. Juni 1948. Die drei Westzonen hatten danach ihr eigenes Geld. Ein wichtiger Schritt auf dem Weg zur deutschen Teilung.

Pro Person konnten zunächst 40 Mark als sogenanntes »Kopfgeld« getauscht werden. Also wir mit zwei Kindern 160 Mark. Alles andere mußte auf ein Reichsmarkkonto eingezahlt werden und wurde später umgetauscht. Für uns spielte das aber keine Rolle. Denn wir hatten gar kein Geld. Um das »Kopfgeld« zusammenzubekommen mußten wir erst in der Nachbarschaft die Schrubber und Besen verkaufen.

Ja, die gekochten Kartoffeln wurden abgezählt, wie viele jeder bekommen kann. Massweise fuhren die Städter mit der Eisenbahn nach Westfalen um Kartoffeln, Getreide oder sonst etwas Eßbares im Umtausch gegen die eigenen Habseligkeiten zu erlangen.

Da die Züge auf der Rückfahrt überfüllt waren, wurden die Sachen auf den Trittbrettern

Anläßlich des Jahrestages des Überfalls der deutschen Wehrmacht auf die Sowjetunion am 22. Juni 1941, erinnerten Friedensaktivisten in Eberswalde daran, daß nur 77 Jahre später wieder Kriegsgerät in Richtung Rußland transportiert wird. Die US-Armee verlegt seit einigen Jahren im Rahmen der Manövers »Atlantic Resolve« regelmäßig Truppen samt schwerer Waffen zu NATO-Stützpunkten in Osteuropa, mit freundlicher, logistischer Unterstützung der Bundeswehr.

Bereits 2017 fuhr eine komplette Panzerbrigade mit 4000 Soldaten und mehr als 2000 Panzern, Haubitzen, Jeeps und LKW quer durch Brandenburg hindurch. Im Juni 2018 rollten wieder die Kriegstransporte gen Osten. Wieder über Schienen und Straßen Brandenburgs – abseits von Presserummel und öffentlicher Aufmerksamkeit. Um darauf aufmerksam zu machen, setzten rund 20 Friedensaktivisten der Anti-NATO-Gruppe Berlin/Brandenburg, Mitglieder verschiedener Grundorganisationen der DKP und weitere Sympathisanten am 23. Juni auf dem Eberswalder Marktplatz direkt im Anschluß an Guten-Morgen-Eberswalde ein Zeichen für den Frieden und gegen das Säbelrasseln der NATO vor der russischen Haustür.

Erinnerungen der Roten Oma:

Die Währungsreform von 1948

Ein wichtiger Schritt auf dem Weg zur deutschen Teilung

Es ist kein Wunder, wenn angesichts der aktuellen Kriegsvorbereitungen die Gedanken zu längst Vergangenen zurückgehen. Man möchte jedem auf die Pfoten klopfen, der die Hand hebt für Kriegseinsätze und jedem aufs Maul hauen, der nichts anderes kann, als Kriegshetze verbreiten. Das Volk wird schon lange nicht mehr gefragt. Frau von der Leyen hat das alles im Griff. Wie und wo sie das mal verantworten muß, ist noch offen.

angebunden. Aber in Köln waren sie nicht mehr da. Sie wurden unterwegs beim Vorüberfahren mit Messern von den Trittbrettern abgeschnitten und gestohlen.

Als in Sürth bei Köln ein Schiff im Rhein harrte und die Ladung Rapsöl in den Rhein floß – was wie ein Lauffeuer bekannt wurde – da waren hunderte Fahrräder unterwegs mit Eimern oder Kannen, um von der Rheinoberfläche mit Suppenkellen das Rapsöl aufzufangen, um mal Bratkartoffeln zu machen.

Der Frau Ursula von der Leyen sei gesagt: Deutschland braucht nicht militärisch an die Spitze und auch nicht an die Nato-Spitze. Wenn es um Verantwortung geht, dann sollte sie sich nur schlau machen, wie viele Kriegsverbrechen von der deutschen Wehrmacht begangen wurden und wieviel Elend, Trauer und Entsetzen das bei den Völkern hinterließ!

In der Heimat zerstörte Städte und Dörfer, Hunger und verkommene Menschen, nicht nur verlaust, auch verlogen unehrlich – ein gescheitertes deutsches Herrenvolk, welches die Welt besitzen wollte!

Wenn die Millionen Toten und Verletzten an der Kriegsministerin vorbei getragen würden,

wochen- und monatelang – vielleicht wäre sie noch zu retten.

Es hieß damals vor 70 Jahren nicht umsonst: Von deutschem Boden darf nie wieder Krieg ausgehen. Es war ja auch nicht der erste. Aber nachdem es die D-Mark gab, dauerte es nicht mehr lange und im westlichen Teilstaat begann die Wiederaufrüstung.

In großer Sorge, die rote Oma, die noch sehr viele traurige Erinnerungen hat, die sie niemanden wünscht.

ELISABETH MONSIG

Anmerkung:

* Der Vater von Elisabeth Monsig, ein aktiver Kommunist, starb am 2. Januar 1933, als er per Fahrrad von einer Versammlung auf dem Heimweg war. Ein Lieferwagen hatte ihn überfahren. Am Steuer saßen Nazis, die ihn schwer verletzt auf der Straße liegen ließen. Ein Bauer fand den Schwerverletzten und brachte ihn nach Sinzig ins Krankenhaus. Seine Frau konnte ihn nur noch im Leichenkeller sehen. Es war ein Tag, nachdem Elisabeth ihren 9. Geburtstag beging. Der 43jährige Familienvater hinterließ 5 Kinder. Zur Urnenbeisetzung gaben ihrem Vater, wie die Zeitung am 8. Januar 1933 schrieb, 4.000 Menschen das Geleit.

...wieder rollen Truppen gen Osten



In der Woche zuvor war an verschiedenen Straßen und Brücken rund um Eberswalde und am Bahnhof das Transparent mit der Aufschrift »...wieder rollen Truppen auf dem Weg zur Ostfront« zugegen gewesen.

Die Kriegstransporte gelten als die umfangreichsten seit Ende des Kalten Krieges.

Truppenverlegungen sind mitnichten nur Drohgebärden, sondern sie sind konkrete Kriegsvorbereitung. Schluß damit!

CLAUDIA UHLMANN

Genauer es dazu kann nachgelesen werden unter www.truppenverlegung-stoppen.de.

Kalender für einen guten Zweck

Der neue Kalender der »Galerie www.frauenrechte.de« für 2019 ist da. Diesmal sind es Fotografien von sehr schönen Fleckchen unserer Heimatstadt Eberswalde.

Der Erlös von 5 Euro wird verwendet, um die TERRE DES FEMMES-Stiftung zu unterstützen. Die Arbeit der Frauen und Männer dieser Stiftung mit Hauptsitz in Berlin, Brunnenstraße 128, ist sehr wichtig, um gefährdete oder schon zu Unrecht behandelte Frauen, sei es durch körperliche oder andere Gewalt, zu unterstützen.

Leider haben wir noch keinen Paragraphen im StGB, der die weibliche Genitalverstümmelung als solche als strafbares Verbrechen definiert, so wie z.B. in Frankreich. Das wäre dringlich von unserer Regierung zu erwarten. Besonders sind Mädchen in den Schulferien, wenn sie ihr Heimatland z.B. in Afrika besuchen, sehr ge-

fährdet. In Frankreich werden diese im Gesundheitsamt vor und nach der Reise untersucht. Die Eltern sind im Falle der FGM (Female Genital Mutilation) ihrer Tochter straffällig und gehen ins Gefängnis. Die Frauen leiden lebenslang an den Folgen der Beschneidung, körperlich und psychisch. Sie sind wortwörtlich zerstört. Ist das noch menschlich?

Der neue Fotokalender mit Aufnahmen von JAN GÄBNER hilft uns ein Stück weiter.

Der Kalender kann bestellt werden unter Telefon 03334/380021 (Dr. Voigt) oder über die »Barnimer Bürgerpost« (Kontakt siehe Impressum auf Seite 16).

Dr. WALTRAUD VOIGT

Kino im Heidekrug

»Wildes Herz«

Am Freitag, dem 3. August, zeigt der Verein Kulturhaus Heidekrug 2.0 um 19.30 Uhr im kommunalen Kino den Film WILDES HERZ. Der Eintritt beträgt 6 Euro.

Nicht als Schauspieler, sondern als Regisseur erleben wir CHARLY HÜBNER in diesem Dokumentarfilm. Jahrelang begleitete er die mecklenburgische Band »Feine Sahne Fischfilet« bei ihren Touren, ob in großen Hallen oder auf Dorfplätzen, und wurde zum genauen Beobachter dieser unbeirraren, kraftvollen Kämpfer gegen Nazis, Rassismus und Ungerechtigkeit. Im Zentrum der Band und des Films steht die eindrucksvolle, riesenhafte Gestalt von Jan »Monchi« Gorkow – ein begnadeter und unverstellter Selbstdarsteller. »Wildes Herz« ist auch ein ermutigender Heimatfilm des Mecklenburgers Charly Hübner.

»Das kleine Gespenst«

Am Mittwoch, dem 8. August ist um 9.30 Uhr im Ferienkino des Vereins Kulturhaus Heidekrug 2.0 e.V. der Film »Das kleine Gespenst« (Deutschland, Schweiz 2013) zu sehen. Der Eintritt beträgt 2 Euro.

Seit Urzeiten haust auf Burg Eulenstein ein kleines Nachtgespenst, das schon lange davon träumt, die Welt einmal bei Tageslicht zu sehen – aber auch sein Freund, der Uhu Schuhu, weiß keinen Rat. Eines Tages, als das kleine Gespenst beim zwölften Schlag der Rathausuhr aufsteht, ist es plötzlich taghell und das Gespenst geistert ausgelassen drauflos. Doch als der erste Sonnenstrahl das Nachtgespenst trifft, wird es schlagartig pechschwarz. Ausgerechnet jetzt bereitet das Städtchen Eulenberg seine große 375-Jahr-Feier vor – und »der schwarze Unbekannte« versetzt den ganzen Ort in Aufruhr. Damit es wieder ein Nachtgespenst werden und zurück nach Hause kann, braucht es die Hilfe der Kinder Karl, Marie und Hannes, die eine halsbrecherische Rettungsaktion starten (Länge: 88 Minuten, FSK: 0).

GISBERT AMM

Kulturhaus Heidekrug 2.0 e.V. · Brunoldstr. 1 · 16247 Joachimsthal · Web www.heidekrug.org

Zieglerfest

Das Brandenburgische Freilichtmuseum Altranft hatte am 23. Juni zum Zieglerfest nach Altglietzen eingeladen. Wie versprochen waren die ehemaligen Mitglieder des Fördervereins des Freilichtmuseums sowie Vereine, Organisationen und Dorfgemeinschaften wie schon 2017 beim Deutsch-Polnischen Kochen, bei Veranstaltungen im Moorbad Bad Freienwalde sowie beim Zieglerfest, auch im Jahr 2018 dabei. Leider fehlt es seitens des neuen Museumsvereins Altranft an Unterstützung für diese gewachsenen Traditionen. Das konnte jedoch die Freude und die Gemeinschaft der Teilnehmer nicht stören. Der wachsende Zustrom an Besuchern, die vielen angereisten Ziegler aus den ehemaligen Ziegelkombinaten der DDR, alle erlebten zieglerische Traditionen bei schönstem Wetter. Sehr interessant war die Führung mit Herrn Hannemann durch das Objekt mit dem historischen »Hoffmannschen Ringofen«*. Die Besucher konnten sich von der Schwere der Arbeit überzeugen und erhielten einen Überblick über die technologischen Veränderungen in der Ziegelei. Aus der Zieglerbroschüre »Allzeit – Gut Brand« stellte der Ziegler Irrgang selbstverfaßte Gedichte, Sprüche, Geschriebenes zum Zieglerdasein aus der Vergangenheit, der Gegenwart und Zukunft vor. Zugleich wurden Vorhaben für das Zieglerfest 2019 besprochen, der Bau eines Backofens ins Auge gefaßt und so neue Erwartungen bei den Teilnehmern geweckt. Dafür Herrn Nürnberg und den fleißigen Helfern besten Dank.

KARL DIETRICH

* Der Hoffmannsche Ringofen ist nach dem Ingenieur Friedrich Eduard Hoffmann (1818–1900) benannt, der ihn 1859 zum Patent angemeldet hatte. In Eberswalde ist Hoffmann bekannt als Miteigentümer der Dachpappenfabrik Büsscher & Hoffmann, deren Altlasten aktuell Schlagzeilen machen. Das Ringofen-Patent wurde Friedrich Eduard Hoffmann später wieder aberkannt, nachdem nachgewiesen werden konnte, daß der Maurermeister Arnold aus Fürstenwalde bereits 1839 den Ringofen erfunden hatte, aber kein Patent angemeldet hatte.

Wandertips

von BERND MÜLLER

Wanderung um den Schermützelsee

Sonntag, 29. Juli, Wanderung mit Manuela Grundmann, 7,5 km.

Alle Vorzüge dieses landschaftlichen Kleingebiets zwischen Oder und Spree vereinen sich hier: Die typischen Schluchten (auch Kehlen genannt), die das abtauwende Schmelzwasser der letzten Eiszeit in die Hänge schnitt, die Ausblicke auf die umgebende walddreiche Hügellandschaft, die Parks und Promenaden, die Sommervillen der Jahrhundertwende und dann dieser See, der immer wieder die Augen in seinen Bann zieht...

Treff: 13.30 Uhr Strandbad am Schermützelsee, Wriezener Str. 38, 15377 Buckow (Märk. Schweiz)

Um die Däberseen

Sonntag, 5. August, Wanderung mit Manuela Grundmann, 7 km.

Waldsiedersdorf bietet eine perfekte Naturidylle zum Wandern in verträumter Stille. In der malerischen Umgebung von Laub- und Erlenwäldern und herrlichen Seen (Däberseen und Papillensee) gibt es einiges zu entdecken. John Heartfield, der Meister der Fotomontage, hatte seinen Sommersitz in Waldsiedersdorf. Einen ständige Ausstellung zu seinen Werken ist in der ehemaligen Schule zu besichtigen.

Treff: 13.30 Uhr Bahnhof, Dahmsdorfer Straße, 15374 Waldsiedersdorf (Märkische Schweiz)

Durch den Wald der 1000 Augen zum Baasee

Sonntag, 12. August, Sagenwanderung, 12 km.

Vorbei an Brunnen, Brunnenkirchhof, Brunnenal, Teller, in die Schlucht am Kesselmoor und durch den Wald der 1000 Augen, wo die wilde Jagd die Nacht erwartet. Riesenlebensbäume und der höchste Baum Brandenburgs warten nach 6 km an der Waldgaststätte am Baasee. Nach Mittagsrast geht es auf dem Siebenhügelweg zur Köhlerei. Nach der Kaffeest, Spaziergang zum Ausgangspunkt. Tourleiterin ist Manuela Grundmann.

Treff: 10.30 Uhr, Fachklinik Moorbad, Gesundheitsbrunnenstr. 33, 16259 Bad Freienwalde

Zur Blüte in die Schönower Heide

Sonntag, 19. August, Rundwanderung, 6km.

Entlang des Weges wechseln sich vegetationsarme Sandflächen, Silbergrasfluren und Besenheide ab. Dazwischen wachsen Birken, Espen und Kiefern auf. Wie ein Mosaik setzt sich diese Halboffenlandschaft zusammen. Mehr über die Heide und ihre besondere Form der Bewirtschaftung erfahren Sie auf Informationstafeln am Wegesrand.

Treff: 10.30 Uhr, Parkplatz, Schönwalder Chaussee, 16321 Schönower

Anmeldung unter 03344/3002881 oder wandermueller@aol.com. Wenn nicht anders angegeben, werden folgende Organisationsgebühren erhoben: Erwachsene 3 €, ermäßigt 1,50 €, Mitglieder der NaturFreunde Oberbarnim-Oderland e.V. und Kinder mit Familienpaß Brandenburg kostenfrei.

Frage an gewisse Medien

In welche Suppe hat der Russe euren Chefs
gespuckt?

Was man auch liest, hört oder guckt,
Ständig wird der Kreml vorgeführt.
Die Hetze, die läuft wie geschmiert.

Wenn ein Unbotmäßiger die Wahl gewinnt,
Haben Putins Hacker mit gemimt.

Explodiert in Syrien ein Gasgeschloß.
Verantwortlich: Der Russenboß.

Hat Skripal Nowitschok geschluckt.
Ihr sofort gen Moskau spuckt.

Stirbt ein danach noch lebender Journalist.
Ist sofort klar, daß der Mörder Russe ist.

Im Kreml sitzt ne Dopingbande.
Vermeldet ihr nicht nur am Rande.

Verursacht der Fußball uferlose Kosten.
Passiert 's wahrscheinlich nur im Osten.

Feuer aus allen Rohren – scheint die Devise.
Das geht nicht gut, das bringt nur Miese.

Wann kommt der Tag, wo ihr erwähnt,
Daß man mit Rußland nun zusammengeht?
Das alle Nationen im Kampf für 's Leben,
Gemeinsam jetzt ihr Bestes geben.

RAINER KROBOTH im Juli 2018

Purpur und Gartenkonzerte

Noch bis zum 27. Juli feiern wir im Forstbotanischen Garten das Purpur Fest mit Konzerten und Filmen am schönen Ort.

Nach dem Auftaktkonzert mit »Trixie And The Trainwrecks« am 22. Juli wird das zweite Konzert am Donnerstag, den 26. Juli, um 20 Uhr die vielfach mit dem Preis der deutschen Schallplattenkritik ausgezeichnete Band »Die Grenzgänger« bestritten. Aus Bremen kommen sie zu unserem Purpur Fest. Im 25. Jahr ihres Bestehens klingt die Gruppe so druckvoll und virtuos wie selten, der neue Mann an der Gitarre FREDERIC DROBNJAK spielt im Stile eines Django Reinhardt groß auf, ANNETTE RETTICH berührt am Cello und verschmilzt mit der Stimme von MICHAEL ZACHCIAL, der auf unverwechselbare Art unsere Geschichte und die alten Lieder mit dem Hier und Jetzt verbindet. Musik von Welt trifft deutsches Volkslied!

Der Reigen der Filmabende der Woche endet am Freitag, den 27. Juli mit »Western« von VALESKA GRISEBACH, ein melancholisch-schöner, unaufgeregter Film über Männer, kulturelle Unterschiede und den Mythos des Genres.

Alles zum Programm auf www.mescal.de und dort unter Purpur.

Ach so, und wer gerade verreist ist, aber etwas später Konzerte in Gärten erleben will, dem sei ebenfalls der Blick auf www.mescal.de vorgeschlagen. Dort ist das Programm der diesjährigen »Gartenkonzerte« vom 17. bis 19. August mit Konzerten in verschiedenen Gärten der Stadt bereits freigeschaltet...

UDO MUSZYNSKI

Anzeige

Mulch total – Ein Weg in die Zukunft
Von KURT KRETSCHMANN und RUDOLF BEHM
256 Seiten mit 91 Farbabbildungen,
13 Diagrammen und 6 Tabellen
Format 14,8 x 21,0 cm. Softcover.
OLV – ORGANISCHER LANDBAU VERLAG KURT WALTER LAU
ISBN 978-3-922201-18-2
In allen Buchhandlungen erhältlich!

Rotfuchs lädt ein:

Nicaragua im Brennpunkt

Am Montag, den 6. August, um 16.30 Uhr, wird Wolfgang Herrmann, ehemaliger Berater der FSLN und Herausgeber der Internetzeitung »INFORME« über die aktuellen Vorgänge in Nicaragua und Lateinamerika, sowie über die geostrategische Bedeutung bzw. Einflusnahme und Ziele verschiedener Großmächte in dieser Region, berichten. Vortrag und Diskussion finden im Bürgerbildungszentrum Amadeu Antonio, Raum 2.25, in der Puschkinstraße 13 in Eberswalde statt.

ECKHARD LAURICH

Nachmittagskaffee bei der Eberswalder Tafel

Jeden Montag und Mittwoch von 13.30 bis 16.30 Uhr ist bei der Eberswalder Tafel in der Eisenbahnstr. 84 immer ein Nachmittag wo Gäste mit wenig Geld Kaffee und Kuchen genießen können.

DAG FILTER

Rentensprechstunde

»Brandenburgische Rentnerinitiative«

Rentenempfänger können einmal im Monat Fragen zu ihren Rentenbescheiden durch Mitarbeiter der Brandenburgischen Rentnerinitiative klären. Der Arbeitskreis »Brandenburgische Rentnerinitiative« gibt Hilfestellung beim Lesen von Rentenbescheiden und Formulieren von Widersprüchen.

Der nächste Termin ist am Mittwoch, 8. August, 10 bis 12 Uhr im Objekt der Volkssolidarität, Mauerstr. 17 (Richterplatz) in Eberswalde.

ANDREA HOEHNE

impresum

herausgeber: Barnimer Bürgerpost e.V.

anschrift: Prenzlauer Str. 19, 16227 Eberswalde

telefon: (0 33 34) 35 65 42

e-mail: redaktion@barnimer-buergerpost.de

internet: www.barnimer-buergerpost.de

redaktion: Gerd Markmann

druckerei: Grill & Frank · (0 33 34) 25 94 088

redaktionsschluß: 21. Juli 2018

Namentlich gekennzeichnete Beiträge müssen nicht mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen. Nachdruck, wenn nicht anders bestimmt, bei Quellenangabe und Zusendung eines Belegexemplars erlaubt. Bankkonto bei der Berliner Volksbank, IBAN: DE27 1009 0000 3599 4610 00, BIC: BEVODE33. Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 2 vom 1. Januar 2002. Abopreise (12 Ausgaben): Normal-Abonnement 9 EURO, ermäßigt 3 EURO, Förder-Abo 12 EURO+. Redaktionsschluß der NÄCHSTEN AUSGABE ist am 15. August 2018.

Barnimer Bürgerpost

Ich bestelle ab sofort die »Barnimer Bürgerpost«

- zwei Ausgaben zur kostenlosen Probe
- Normalabonnement (12 Ausgaben: 9 EURO)
- ermäßigtes Abonnement (12 Ausgaben: 3 EURO)
Schüler, Studenten, Einkommenslose bzw. -schwache (monatl. Einkommen unter 600 EURO)
- Förderabonnement (12 Ausgaben: 12 EURO = 9 Euro + 3 Euro Spende oder mehr)
- Förderabonnement »Gold« (12 Ausgaben: 18 EURO = 9 Euro + 9 Euro Spende oder mehr)

Die »Barnimer Bürgerpost« erscheint derzeit einmal im Monat. Das Abonnement verlängert sich automatisch um den angegebenen Zahlungszeitraum zum gültigen Bezugspreis, falls ich nicht 20 Tage vor dessen Ablauf schriftlich kündige. Beim Vertrieb über die Deutsche Post wird eine Versandkostenpauschale von 10 EURO pro Jahr erhoben (entfällt ab 3 Exemplaren).

Ich zahle: per Bankeinzug per Rechnung

IBAN BIC Bank

Name, Vorname Straße, Hausnummer

PLZ, Ort Datum, 1. Unterschrift Abonnent/in

Widerrufsrecht: Innerhalb einer Frist von 14 Tagen nach Absendung (Datum Poststempel) kann ich diese Bestellung widerrufen:

Datum, 2. Unterschrift Abonnent/in

Ich möchte zusätzlich die eMail-Ausgabe der BBP erhalten

eMail-Adresse (Angabe ist notwendig für eine Nutzung der o.g. Angebote)

Coupon senden an: Barnimer Bürgerpost, Prenzlauer Str. 19, 16227 Eberswalde
(Bestellmöglichkeit per Telefon und e-mail siehe Impressum)